

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1988.

Sonnabend, den 8. April 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Inserions-Gebühr**  
beträgt für die sechsgehaltene Rollenzeit über deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Artikel und Veranlassungs-Artikel 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wochentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verordnungs-Verhältnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### Das marokkanische „Missverständnis“.

In der französischen Deputiertenkammer ist die Marokko-Angelegenheit von neuem zur Besprechung gelangt. Die Drohreden der deutschen Offiziere, die aggressive Rede Wilhoms im Reichstag und schließlich die pompöse Langerfahrt des Kaisers haben in Frankreich den Eindruck erweckt, als sei Deutschland durch die französische Regierung in der Tat ohne Not und in der schroffsten Weise brüskiert worden. Da aber die Marokkopolitik Delcassés an sich schon erheblichen Zweifeln und Bedenken in der französischen Demokratie begegnete, so mußten diese Zweifel und Bedenken sich verschärfen, wenn diese Politik zu schwerem Konflikt mit Deutschland zu führen droht, mit welchem Lande insbesondere der französische Sozialismus vielmehr verbesserte Beziehungen wünscht. Darum haben die sozialdemokratischen Fraktionen der Deputiertenkammer sich auch durch die Erklärungen Delcassés im Senat nicht befriedigt gehalten, sondern wünschten durch eine neue Interpellation über die Marokkopolitik und die Beziehungen zu Deutschland Klärung zu schaffen und Milderung des Konflikts herbeizuführen. Auch von anderen Gruppen der Deputiertenkammer sind dann Interpellationen an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet worden.

Zu Beginn der Sitzung der Deputiertenkammer am Freitag gelangten diese Interpellationen auf die Tagesordnung. Es kam jedoch nicht zu einer ausführlicheren Auseinandersetzung. Delcassé beschränkte sich auf eine kurze, von dem Gesamtministerium festgestellte Erklärung, durch die sich die Interpellanten zunächst für befriedigt erklärten.

Hierüber wird telegraphisch gemeldet:

Paris, 6. April. Der Präsident teilt mit, daß vier Interpellationen über Marokko eingegangen sind. Minister Delcassé verliest eine Erklärung, in welcher es heißt:

Seit langer Zeit gibt die Regierung von der Tribüne des Parlaments aus Aufklärungen über ihre Politik in Marokko. Die bekannten Abkommen konnten keinerlei Überraschung hervorrufen; alle Welt konnte darin eine Politik erblicken, die keinerlei Befürchtungen erwecken durfte. In dieser Politik ist keine Verletzung eingetreten, die geeignet wäre, Befürchtungen zu rechtfertigen. Bei unseren Verhandlungen mit Marokko haben wir das Bestreben, ihm Ratsschlüsse zu erteilen und deren Nutzen nachzuweisen. Wir geben Marokko diese Aufklärungen als Freunde, wie es Leuten zukommt, die keinerlei Interesse daran haben, überstürzte Lösungen zu suchen. Wir werden damit fortfahren, mit dem Vertrauen von Leuten, die niemand zu schaden suchen und die bereit sind, in Erörterungen über jedes Missverständnis einzutreten, das etwa vorkommen könnte. Das sind die Aufklärungen, die ich nach Lage der Sache geben und denen ich heute nichts hinzufügen kann. Die Regierung schlägt Vertagung der Interpellationen vor.

Jaurès (Soz.) erklärt sich mit der Vertagung einverstanden, rechnet aber darauf, daß der Minister die Aufklärungen, die er versprochen hat, bald geben wird. Guisot de Billeneuve (nat.) ist ebenfalls mit der Vertagung einverstanden, die hierauf beschlossen wird.

Die Zustimmung der Sozialisten zur Vertagung geschieht ohne Zweifel in der Annahme, daß die Erklärung Delcassés geeignet sein könnte, die Beilegung des Konflikts anzubahnen.

Die durchaus kalkülartige Erklärung bedeutet das völlige Festhalten Delcassés an seiner bisherigen Politik, aber auch das Zugeständnis, daß ein Missverständnis entstanden sein könnte. Der französische Minister beharrt dabei, daß er gegenüber Deutschland kein Verfaßnis begangen habe, da die Abkommen „keinerlei Überraschungen“ und „keinerlei Befürchtungen“ hervorrufen konnten. Wenn aber, sagt er hinzu, gleichwohl ein Missverständnis eingetreten ist, so könne in Erörterung darüber eingetreten werden. Bemerkenswert ist ferner die Spitze wider den Versuch, überstürzte Lösungen zu suchen.

Es entsteht die Frage, wer die Erörterungen über das Missverständnis einleiten soll. Stolz wie goldene Schulbüben erachten die Diplomaten der beiden nächstbeteiligten Staaten es als unter ihrer Würde, den ersten Schritt zu tun. Es wird von einer Vermittlung durch Italien gesprochen, aber auch von einer internationalen Konferenz, an der teilnehmen zu wollen die Vereinigten Staaten sich bereit erklärt haben sollen.

#### Englisches Urteil.

Wenn es gelingen sollte, den Marokkolanern demnächst auf ein Missverständnis zurückzuführen, so können die Vorgänge der letzten Wochen gleichwohl nicht ohne starke Nachwirkungen verbleiben. Wenn nach Wilhowscher Darstellung die deutsche Regierung Anlaß hatte, über Nichtbeachtung in der Marokkofrage zu klagen, so mußte das deutsche Verhalten mindestens in Frankreich und England das größte Mißtrauen erregen.

Unser Londoner Korrespondent sendet uns interessante Aufklärung über die Lehren, die in England aus dem Marokkolanfall gezogen werden. Er sagt dabei voraus, daß die weltpolitischen Aktionen Deutschlands ernsthaft zu nehmen sind, daß hinter den Worten ein Wille steht. Man darf aber nicht vergessen, daß diese Voraussetzung nicht durchaus richtig ist und daß sowohl die Wandlungsfähigkeit wie die dekorativen Neigungen deutscher Außenpolitik in gehörige Rücksicht zu ziehen sind. Nimmt man die Aktionen der deutschen Diplomatie in ganzer Ernsthaftigkeit, so sind die Lehren, die in England gezogen werden, nicht abzuweisen.

Unser Korrespondent führt aus:

Die Mittelmeerreise des Kaisers und die Reden und Pressäußerungen, die sich in Deutschland, Frankreich und England an sie knüpfen, bilden eine jener politischen Erschütterungen, die mit einem Male langverhaltene und tiefer liegende Konflikte an die Oberfläche werfen.

Das Sehnen nach Frieden und das Streben nach internationalen Vertrauen, das Graf Bülow der deutschen Politik nachsagt und das er von der Sozialdemokratie bedroht sah, ist rasch verschwunden und die deutsche Diplomatie entpuppt sich als das, was sie seit Jahren war: nebelhaft im Ziele, konfus im Ergreifen von Maßregeln, ein unberechenbarer und deshalb störender Faktor im internationalen Verkehr. Deutschland ist stark, aber es hat noch nicht gelernt, seine Stärke würdevoll zu gebrauchen. Es möchte sich Geltung verschaffen, aber es weiß nicht wie.

Was will Deutschland in der äußeren Politik? Die letzten zehn Jahre haben folgende Antworten gebracht: Wasser! — Einen Blay an der Sonne! — Die Admiralität des Atlantischen Ozeans! Der bekannte Abschiedsgruß des Kaisers an den Jaren: Der Admiral des Atlantischen Ozeans an den Admiral des Stillen Ozeans, ist das unmittelbare Programm Petersburgs und Berlins. Ein Teil des Programms hat bereits zum Falle von Arthur und zum Zusammenbruch der russischen Selbstherrschafft geführt. Der andere Teil des Programms soll jetzt eingeleitet werden: in Marokko.

Es handelt sich für Deutschland nicht um die sechs Millionen Mark der marokkanischen Ein- und Ausfuhr. Diese Summe repräsentiert kaum ein Viertel eines Schlachtschiffes erster Klasse. Aber Marokko hat atlantische Häfen, die Deutschland zwar nicht erobern, wohl aber in Pacht oder als Unterpand auf Anleihen nehmen möchte.

Marokko ist gegenwärtig das einzige Land, das der deutschen Politik in ihrem Streben nach der Komtialität des Atlantischen Ozeans helfen könnte. So formuliert, erhält die deutsch-französische Rivalität um Marokko eine sehr ernste politische Bedeutung. Delcassé und Lansdowne waren durchaus nicht von rein ehregeizigen Motiven geleitet, als sie über ihre Mittelmeerinteressen am 8. April 1904 ein Nein kamen. Des Kaisers Abschiedsgruß an den Jaren im Sommer 1902 war eine nicht mißzuverstehende Warnung an England und Frankreich, die zwischen ihnen schwebenden Fragen so rasch als möglich zu erledigen.

Eine Vernachlässigung dieses Ausgleichs hätte die langjährige diplomatische Arbeit Frankreichs zu nichtem machen können. Die französische Diplomatie, wie sie durch Delcassé und Barrère geleitet wird, war unter Anspannung aller Kräfte bemüht, ihr Land zur Vormacht im westlichen Mittelmeer zu machen. Zu diesem Zwecke hat sie sich mit Italien ausgesöhnt und Spanien allerlei Freundschaftsdienste erwiesen. Das westliche Mittelmeer soll ein lateinisches Meer werden: Tripolis für Italien, Tunis und Algerien französisch, man weiß, daß in diesen französischen Besitzungen die Spanier sich besser entwickeln, als in ihrem Vaterlande. Der Schlüssel zu diesem Meer ist Marokko. Man kann sich deshalb die Erregung denken, die ein deutscher Angriff auf Marokko als französische Einflußsphäre in Frankreich hervorrufen mußte.

Wenn man die französische Politik in ihren Grundzügen erfasst hat, kann man nicht im Zweifel sein, daß Frankreich wegen Marokkos bis zum äußersten gehen wird. Und Graf Bülow, — der im Auge sieht, die Mittelmeerpolitik gut zu verstehen, da er seine diplomatischen Lehren in Paris und Rom durchgemacht hat — hatte vor zwölf Monaten durchaus recht, wenn er den Abgeordneten Graf Revenilow zu verstehen gab, daß ein Protest wegen Marokkos zum Kriege führen könnte.

Warum aber fährt Graf Bülow jetzt eine andere Sprache? Warum ist er jetzt verwegener genug, mit Feuer zu spielen? Was hat sich in den letzten zwölf Monaten geändert?

Wir alle wissen, was sich in den letzten zwölf Monaten geändert hat. Die russische Macht, d. h. der Bundesgenosse Frankreichs, wurde niedergedrückt. Graf Bülow, der auf russische Freundschaft pochte, der sich nicht genug darüber entrüsten konnte, daß Bebel und die sozialdemokratische Presse die zarische Raubtucht und Untüchtigkeit brandmarkten, scheint jetzt im Innern froh zu sein, daß die zarische Macht gebrochen ist. Die deutsche Diplomatie atmet jetzt freier auf, nachdem ihr intimer Freund zu Boden liegt, und erklärt der ganzen Welt, daß nur die Zeit gekommen sei, mit Frankreich wegen Marokko abzurechnen.

Aber Graf Bülow täuscht sich gewaltig, ebenso wie er und die leitenden deutschen Politiker und Strategen sich in bezug auf die Mandchurie getäuscht haben. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die britische Flotte und die enormen Hülsenquellen des britischen Reiches den Franzosen zur Verfügung stehen werden. In der Mittelmeerpolitik stehen ferner Italien und Spanien auf Seiten Frankreichs und Englands. In Deutschland scheint man auf die Vereinigten Staaten zu rechnen; aber auch diese Hoffnung ist trügerisch. Delcassé ist sich dieser Sachlage vollständig bewußt und kann es sich deshalb gestatten, auf die lärmende deutsche Diplomatie mit aller Ruhe und logischer Schärfe zu antworten. —

### Standrecht gegen Bauernunruhen.

Auf starke Bauernunruhen in Russisch-Polen deutet ein offizielles Telegramm aus Petrikau hin, das im bürokratischen Polizeistil verfaßt ist:

Der Gouverneur gibt bekannt, daß nach neuerdings eingegangenen Nachrichten die Bauern und Tagelöhner auf dem Lande durch Unbekannte gezwungen werden, die Arbeit einzustellen und Lohnverhöhung zu fordern; von denselben Personen werde den Bauern der Rat erteilt, die Rechte der Grundbesitzer und der Regierung zu verletzen. Die lokalen Behörden, sagt der Gouverneur weiter, werden die erforderlichen Maßnahmen gegen Eigentumsverletzungen ergreifen. Ich bin vom Generalgouverneur ermächtigt, der Bevölkerung des Gouvernements bekannt zu geben, daß Personen, die der Inbesitznahme von Grundstücken der Grundbesitzer, der Regierung von Aufhebungen, der Bedrohung oder des Widerstandes gegen die Verwaltungsbehörden, die Polizei oder das Militär

schuldig befunden werden, vor dem Kriegsgesetz standrechtlich abgeurteilt werden.

#### Die Furcht vor Blumen.

Ein höchst originelles Telegramm wird aus Helsingfors offiziell verbreitet:

Der Gouverneur Fürst Obolenski, der heute früh hierher zurückkehrte, wurde auf dem Bahnhofspolizeiplatz von einer etwa 5000 zählenden Menschenmenge, darunter vielen Damen, die Blumensträuße trugen, erwartet. Der Gouverneur stieg indessen schon am Bahnhof Fredriksberg aus und fuhr von dort nach seinem Palais. Vor diesem sammelte sich bald nach seiner Ankunft eine große Menschenmenge an, die sich erst allmählich zerstreute, nachdem Fürst Obolenski zwei große Blumenarrangements entgegengenommen hatte.

Welche Abneigung hat doch dieser beliebte „Gouverneur“ vor Damen, die ihm Blumen überreichen wollen.

#### Der Moskauer Kerkelkongreß für die Verfassung.

Es ist schon mitgeteilt worden, daß ein Kongreß der Kerze, der in Moskau stattfand, weitgehende politische Beschlüsse gefaßt hat. Man erfährt jetzt näheres darüber: Am Vorabend der Beendigung des Kongresses fand unter dem Vorsitze des Schriftleiters Dr. med. Jelpatjewski eine Privatversammlung der Mitglieder des Kongresses statt, auf der die folgende Resolution verlesen wurde:

„Die Kerze erklären es für eine Notwendigkeit, eine Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes ohne Unterschied des Geschlechtes, der Konfessionen und der Nationalität einzuberufen. Voraussetzung dabei ist die unverzügliche Einstellung des Krieges und die sofortige Aufhebung der Beschränkungen über den verstärkten Schatz. Ferner verlangen wir die Uebergabe der Polizei an die Selbstverwaltungsorgane, die Sicherstellung der Pressefreiheit, die Freiheit des Wortes, der Versammlungen, der Vereine und der Streiks sowie Amnestie für alle wegen religiöser und politischer Vergehen Verbannten und Verhafteten. Ohne politische und wirtschaftliche Reformen ist ein allseitiger Fortschritt unseres Landes und die wirtschaftliche Hebung der arbeitenden Klassen nicht denkbar. Zu solchen Reformen gehören außer den oben erwähnten Forderungen: die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung der Nationalitäten, der Sprachen, Konfessionen, die obligatorische Schulbildung, die Trennung von Kirche und Staat, eine weitgehende freie Selbstverwaltung gleichfalls auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes; die Reform des Steuersystems, die Einführung der progressiven Einkommensteuer, die Aufhebung der indirekten Steuern unter Loskaufszahlungen und die Verjüngung der Arbeitenden mit Land. Für die Lohnarbeiter aller Gattungen wird der Achtstundentag, Minimallohn, staatliche Versicherung und überhaupt eine weitgehende Arbeiter-schutz-Gesetzgebung eingeführt. Nur durch die Verwirklichung dieser Forderungen kann ein fruchtbarer und plammäßiger Kampf mit dem Glend des Volkes und den Epidemien organisiert werden. Nur nach Erfüllung dieser Forderungen werden wir wieder die Pest noch die Cholera, noch andere Krankheiten fürchtbar sein.“

Diese, wie man sieht, außerordentlich radikale Resolution wurde einstimmig angenommen.

#### Eine Resolution über die Bauernunruhen.

Der landwirtschaftliche Verein von Poltawa hat die folgende Resolution angenommen:

1. Die Bauernunruhen sind eine Folge der allmählich angewachsenen Erbitterung gegen die herrschenden Klassen und privilegierten Stände. Die Erbitterung ist einerseits durch die wirtschaftliche Abhängigkeit, andererseits durch die Ueberzeugung der Bauern von der Unrechtmäßigkeit und der Einseitigkeit des Vorgehens dieser herrschenden Klassen hervorgerufen.

2. Den Unruhen und der Gärung liegt der im Volke so tief eingewurzelte Gedanke zugrunde, daß das ganze Land nur der unmittelbar bearbeitenden Klasse gehören könne.

3. Die unzulässigen Formen der Agrarbewegung werden von selbst verschwinden, sobald den Bauern das Recht gegeben wird, ihre Forderungen und Proteste auf friedlichem Wege in die Öffentlichkeit zu bringen, und das setzt voraus Pressefreiheit und Volksvertretungen.

4. Die Vergesellschaftung des Landbesitzes als ein Mittel zur günstigen Lösung der Agrarfrage muß in erster Reihe auf die Tagesordnung gestellt werden.

In dieser Resolution spricht sich ein agrarsozialistisches Programm aus.

### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 7. April. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Die Hauptmacht der Russen, welche in der Nachbarschaft von Chin-tiatan geschlagen wurde, ist in der Richtung nach Schimienching ausgewichen; ein Teil hat sich auf der Feng-hun-Strasse zurückgezogen. — Am Abend des 5. April wurden keine Russen südlich Hinkiatu, 8 Meilen nördlich Chin-tiatan, gesehen; eine kleine russische Abteilung ist noch im Besitz von Tsaiho, 26 Meilen östlich Welnanpaomen.

Petersburg, 7. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Telegramm des Generals Charteuwich an den Generalstab meldet heute: Bestenr zwangen unsere Jäger japanische Kavallerie, sich von Udaabeze nach Tsuluku zurückzuziehen. Eine unserer Abteilungen, die am Morgen des 4. d. M. Tsanfatua erreichte, zwang den Feind, der 8000 Chinesen bei sich hatte, zum Kampfe. Ueber den Ausgang habe ich noch keine Meldung erhalten.

## Die Schreden des Krieges.

Das Zentral-Komitee der deutschen Vereine des roten Kreuzes teilt nachfolgendes mit:

Die Schreden des Krieges in Ostafrika schildert ein eben eingetretener Kurzer, aber vieljähriger Brief des Chefarztes des deutschen Vereinslazaretts am roten Kreuz in Charbin, datiert vom 12. März 1905. „Wir sind jetzt in vollster Tätigkeit“, heißt es u. a. „haben gegenwärtig 54 Mann und erwarten im Laufe des Nachmittags weitere 20, so daß wir mit einem Bestande von 160 Mann voll besetzt sind. . . und wie viele werden noch dazu kommen? Sie werden jetzt meine Forderung an Betten, Bettwäsche usw. verstehen. Das gesamte Personal hat schon seine Bettstellen hergegeben, um die Säle gleichmäßig mit solchen füllen zu können. A la guerra, comme à la guerre. Wir haben es alle gern getan, getreu der Devise zu helfen, wo und wie immer wir können.“ Ich habe gestern zum ersten Male die Schreden des Krieges gesehen. Fast nur vereiterte Wunden, verbrauchte Amputationsstümpfe, Sepsis und schon der zweite Fall von Tetanus (Wundstarrkrampf). Wir haben von 5 bis 1/2 12 Uhr gearbeitet, um nur die notwendigsten Verbände zu machen. Wir werden viel mehr Verwundete aufnehmen müssen, als wir ahnten. Charbin beginnt sich zu füllen und jeder Tag bringt Tausende neuer Verwundeter. Unsere Patienten kommen fast alle aus den Schlachten vom Ende vorigen und Anfang dieses Monats, sind auf dem Hauptverbandssplatz verbunden, in den Disinfektionszug gebracht und 10—14 Tage ohne Verband, ohne Pflege, zum Teil ohne genügende Nahrung transportiert worden; denn sie lagen alle in den für Sanitätszwecke völlig unbrauchbaren Güterwagen. Sie können sich vorstellen, in welchem Zustande sie zu uns kamen.

Diese Nachricht, die vom offiziellen deutschen Depeschens-Bureau mitgeteilt wird, widerlegt bündig alle schönfärbischen russischen Nachrichten!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. April.

### Nachlese und Ferien im Reichstage.

Die Reichstags-Sitzung am Freitag war sehr kurz; fand sie doch überhaupt nur statt, weil der alte Bureaukrut und Gafaliff von Liedemann plötzlich geschäftsordnungs-mäßig die Verhandlung der dritten Lesung des Kolonialnachtragsetats gleich nach der zweiten durch sein tribunales Veto verhinderte. Niemandem war es im Parlamentarischen Gewissen hatte das gute, daß es dem Genossen Ledebour Gelegenheit gab, den Kolonialschwachmären ein paar beachtenswerte Worte des Generalmajors v. François ins chauvinistische Stammbuch zu schreiben. Herr v. François weist mit Nachdruck darauf hin, daß die angeordnete Entwaffung der Witbois zum Auffstand getrieben hat. Im Anschluß daran mahnte unser Fraktionsredner eindringlich vor der Entwaffung der Ovambos, welche von den deutschen Chamberlainen in allen Tonarten gefordert wird. Nachdem der Antisemit Vatman sich noch einmal gegen die Landgesellschaften gewandt hatte, schloß die Beratung mit der Annahme des Etats durch die gesamtbürgerliche Mehrheit.

Die Frage der Ferien verursachte noch eine ziemlich ausgelegte Geschäftsordnungsdebatte, die indessen einen recht heiteren und friedfertigen Charakter trug. Nur ein einziger Debatter war gereizt: nämlich der Präsident Graf Ballestrin, dessen Vorschlag, schon am 2. Mai die Sitzungen wieder zu eröffnen, nur bei den treugehoramen National-liberalen Unterstützung fand. Die Redner aller anderen Fraktionen, darunter Genosse Singer, sprachen sich für den 10. Mai aus. Dieser Termin wurde dann auch von der großen Mehrheit zum Beschluß erhoben, obwohl der Graf-Präsident im unlauteren Wettbewerb mit der hochseligen Prinzessin Cassandra die unheilvollsten Folgen, für die er das störrische Haus verantwortlicher machte, auf den achtägigen Aufsatz prophezeite.

Leider hatte die kurze Sitzung noch ein bedauerliches Nachspiel. An der Spitze der 10. Mai-Mehrheit hatte mit großer Berbe Ballestrens eigener Parteifreund, Dr. Spahn, ge-fordert: wie die geschäftige Rama behauptet, um dem auto-kritisch veranlagten Magnaten auf dem Präsidentenstuhle die gewohnheitsmäßige Beiseitenschiebung des Seniorsenonvents zu verhalten. Dem sei, wie dem wolle: jedenfalls schritt sofort nach Schluß der Sitzung der Präsident auf Dr. Spahn zu und stellte ihn sichlich erregt zur Rede. Es entspann sich eine lebhaft und wohl kaum liebenswürdige Unterhaltung, welche durch einen plötzlichen Ohnmachtsanfall des Dr. Spahn ein jähes Ende fand. Der Zentrumsführer wurde bewußtlos in das Präsidentenzimmer geschafft, und es scheint sich leider um eine ernste Krankheit zu handeln.

Das preussische Abgeordnetenhaus hätte gestern zuerst über den Antrag Camp auf Sperrung der Mutungen für fünf Jahre verhandeln sollen. Aber die preussischen Dreiklassenwahl-Erkoren trauten sich nicht zu — und sie müssen sich ja kennen — daß Pflichtgefühl oder Interesse an diesen brennenden Fragen des Bergbaus sie in beschlußfähiger Zahl zusammenhalten könnte. So nahmen sie denn die Wahlprüfungen vorweg. Beantwundet wurden nur die drei konservativen Mandate für Herford-Galle-Vielefeld. Dagegen wurden trotz der zahllos nachgewiesenen dreisten Wahlbeeinflussungen von Regierungsbeamten zugunsten der antipolnischen Kompromißkandidaturen für Rogilno-Wongrowitz und andere polenische Großstädte, diese Mandate für gültig erklärt. Herr v. Neumann-Ganseberg konstatierte einen Rechtsanspruch der preussischen Landräte von Junkernaden auf Beschränkung der Wahlfreiheit. Nur Zentrum und Freisinnige suchten heuchlerisch den Schein zu wahren, als ob es bei öffentlicher Stimmbildung überhaupt etwas wie Wahlfreiheit geben könnte. Konservative und National-liberale brachten heut nicht genug Kartüsserie auf, um wegen des bischen mehr oder weniger Wahlterrorisimus sich als die rechts-mäßigen Mandatsinhaber gegenüber anderen unberechtigten auszuweisen.

Der Antrag Camp, der somit an die zweite Stelle gerückt war, trug die Unterschrift sämtlicher Parteien außer den National-liberalen. Diese allgemeine Zustimmung war ihm im Landtage deshalb sicher, weil es einer der denkbar dümmsten Schwabenstreiche ist. Er will auf 5 Jahre hinaus alle Mutungen sperren, d. h. den Wert der schon bestehenden Gruben und Fachen in die Höhe treiben. Und nach 5 Jahren? Darauf wußte keiner Antwort zu geben. Den Freisinnigen war wenigstens die Torheit, die sie mit diesem Antrage begangen haben, inzwischen aufgegangen. Sie schlugen vor, ihn in eine Kommission zu versenken, und an eine allgemeine Reform der Bestimmungen des Berggesetzes über Mutung und Verleihung zu gehen. Davon hat wieder der Handelsminister Möller flehentlich Abstand zu nehmen; das sei für seine gesetzgeberische Unfähigkeit eine zu schwere Aufgabe. Einen feinen Zug der Selbstverpottung bei der national-liberalen Redner,

Der Abg. Maccò. Er warnte vor dem Gelehrer wegen der zu erwartenden Preissteigerung der Gruben; gerade das Abgeordnetenhaus müsse sich ängstlich hüten, auch nur den Anschein zu erwecken, als ob es das Kapital begünstige. Dann sang er das hohe Lied der privatkapitalistischen Ausbeutertätigkeit im Berggewerbe. Der Entwurf wanderte schließlich in eine Kommission von 14 Mitgliedern. Man kann schon jetzt mit voller Sicherheit sagen, daß aus dieser ganzen Aktion der Gesetzgebung ebensowenig herauskommen wird, wie bei der ganzen jetzigen Berggesetzgebung. Wagt doch nicht ein Mitglied des Hauses, auch nur anzudeuten, daß die Bodenschätze, vor allem die jetzt noch nicht gehobenen, der Nation gehören und ihr erhalten bleiben müssen.

Zum Schluß verschlechterte das Abgeordnetenhaus die Ausführungsbestimmungen zum Reichsversicherungs-gesetz, indem es die Anzeigepflicht für schwere Tuberkuloseerkrankungen strich, auf das nicht durch die Familie zerlüttert werde. Morgen will das Abgeordnetenhaus diesen Gesetzesentwurf weiter verschlechtern.

### Deutsches Geld in Marokko.

Der Londoner „Standard“ meldet, es sei von deutscher Seite der marokkanischen Regierung ein Darlehen angeboten worden, damit sie die französischen Banken bezahlen könne; die Unterhandlungen über das Darlehen seien im Gange. Hierzu erfährt die „Voss. Zig.“: Bezüglich der Meldung, der marokkanischen Regierung sei von deutscher Seite ein Darlehen angeboten worden, um ihr die Möglichkeit zu geben, sich von ihren Verpflichtungen gegenüber französischen Banken zu befreien, erfahren wir, daß derartige Verhandlungen, wenn sie überhaupt schweben, ohne Zutun oder Vermittelung der deutschen Regierung geführt werden. Die Schuld Marokkos bei den französischen Banken beträgt nur 30 Millionen.

### Budgetkommission.

Bei der Weiterberatung des Gesetzesentwurfs über die Betten bei öffentlich veranstalteten Pferderennen (Totalisator-gesetz) entspann sich eine lange Debatte über § 5, der vorsieht, daß Vereine, denen die Erlaubnis zum Betrieb eines Wettunternehmens erteilt worden ist (Nennvereine), die Hälfte des Ertrages der Reichs-Stempelabgabe von Wettentwässern bei den von ihnen veranstalteten Pferderennen zur Verwendung für Zwecke der Landes-Pferdezucht überwiehen erhalten sollen. Auf diese Weise sollen die Nennvereine ein wertvolles Privileg erhalten. Auch ist es in unserer Steuergesetzgebung noch nicht dazugekommen, daß private Vereinigungen direkten Anteil an Staatseinnahmen haben sollen. Deshalb beantragte Abg. Paasche, die Stempelabgabe auf die Hälfte herabzusetzen und den Vereinen die Erlaubnis zu geben, daneben eine Abgabe in gleicher Höhe zu erheben. Abg. Gröber wies mit Recht auf die Ungeheuerlichkeit hin, die darin liegt, für Privatvereine Reichsteuern zu erheben; wenn man mit solchen Verlangen für andere Vereine an die Behörden herantrete, dann setze man sich der Gefahr aus, auf seinen Geisteszustand untersucht zu werden! Auch müsse man fragen, wie denn die Einnahmen der Nennvereine verwendet würden: bisher seien daraus zumieist Rennpreise gestiftet worden, während für andere Zwecke sehr wenig übrig bleibe. Rothwendig sei, zunächst die Steuerfreiheit der sogenannten „Vereinstotalisatoren“ aufzuheben; sodann mühten über die Verwendung der Steuereingänge die Behörden entscheiden; man könne die Hälfte des Ertrages des Vereines zum Zwecke der Landes-Pferdezucht zulassen lassen. Minister v. Bobbelski belämpfte die Ansicht Gröbers, das Reich müsse die Verwendung der aufgenommenen Gelder überwachen, mit dem Hinweis darauf, daß das Reich keine Organe dazu habe. Der Reichsfinanzsekretär v. Stengel legte dar, daß theoretische Bedenken allerdings gegen die Vorlage sprächen, aber praktisch würden doch die Nennvereine in ihrer Finanzgebarung wohl übermäßig. Abg. Erzberger betonte, daß der Antrag Gröber das Aeußerste darstelle, was das Zentrum bewilligen werde. Gegen ihn sprach sich der Abg. Graf Oriola aus. Auch Abg. Singer machte den Einwand geltend, daß dadurch das Wettgeschäft eigentlich staatlich patronisiert werde. Bei Aufrechterhaltung unseres prinzipiellen Standpunktes mühten wir aber doch dem Antrage Gröber zuzustimmen, weil das Reich die Verwendung seiner Gelder kontrollieren müsse; das könne sehr wohl durch Organe der Landesregierungen geschehen. Man könne bei Annahme des Antrages Gröber die Zwecke der Pferdezucht dadurch fördern, daß man den Nennvereinen eine Stellung als Hilfsorgane der Behörden gewähre und ihnen eine Mitbestimmung über die Verwendung der Gelder einräumte. In Gemäßheit dieser Anregung wurde der Antrag Gröber dahin ergänzt, daß die Hälfte der Stempelabgabe den Regierungen der Einzelstaaten zu Zwecken der Pferdezucht übergeben werden soll; diese sollen sie dann an die Nennvereine weitergeben. — Nach dem Schluß der Plenarsitzung wurde gleich nach die zweite Beratung des Gesetzes vorgenommen. Es kam im wesentlichen darauf an, die von den Vertretern der Nennvereine vorgeschlagenen allzu hohen Minimalstrafen aus dem Gesetz herauszubringen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei traten dafür ein, daß nicht jemand, der einmal eine ausländische Zeitung verkauft, in der Rennwetten angegriffen werden, vielmehr gar zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt werden kann. Die Kommission schloß sich in ihrer Mehrheit diesen Anregungen an und ließ bei der Strafabmildung mildere Umstände zu. — Damit war die Arbeit der Budgetkommission erledigt. Nach den Ferien wird sie sich mit der Weiterberatung der Pensionsgesetze befassen.

### Verstoß gegen die Immunität der Reichstagsmitglieder.

„Ohne Genehmigung des Reichstages darf kein Mitglied denselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.“ Gegen diese Bestimmung im Artikel 31 der Reichsverfassung ist verstoßen worden bei einer Haus-suchung, die vor einiger Zeit bei dem Reichstags-Abgeordneten Jessen als Redakteur in Flensburg vorgenommen worden ist. Die preussische Volkspartei hat über diesen Verstoß in einem Antrag Beschwerde geführt, der der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen wurde. In dieser Kommission gab am Donnerstag auf Grund des Aktenmaterials ein Regierungs-Kommissionar Auskunft. Auf Grund dieser Auskunft beschloß die Kommission alsdann, es für erwiesen zu erklären, daß die Untersuchungshandlung gegen den dänischen Reichstagsabgeordneten Jessen während der Dauer der Legislaturperiode ohne vorherige Genehmigung des Reichstages einen Verstoß gegen die Reichsverfassung darstelle.

### Der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen

nahm mit geringen Änderungen die Regierungsvorlage betreffend das Versamm-lungs- und Vereinsrecht an. Der Antrag Dumenthal, bei öffentlichen Kundgebungen den Mißbrauch der französischen Sprache zuzulassen, wurde angenommen. —

### Neue Missionen in den Sand der Kaschani!

Die „National-Zeitung“ bringt einen längeren Artikel über die letzten Kriegsergebnisse im südlichen Teil des südwestafrikanischen Kriegesgebietes. In diesem Artikel wird der Genußausdruck gegeben, daß es gelungen sei, die Vondelzwartsbänder unter dem Kommando von Morris und Warengo zu zerstören. Morris sei, wie ja schon offiziell gemeldet, unterwegs gefallen, während Warengo auf britischem Boden entwaffnet worden sei. Trotz dieser Erfolge werde aber der Feldzug in Südwestafrika noch von voraus-sichtlich sehr langer Dauer sein. Bis die letzten vom Krieg übrig gebliebenen Räuberhorden durch Hunger aus ihren Gebirgschluchten vertrieben worden seien, darüber könnten noch Jahre ver-gehen.

„Für das deutsche Volk gilt es daher noch für absehbarer Zeit, sich mit Geduld zu wappnen und Geduld in seinen Beuteil zu tun.“

Schließlich werde aber auch das deutsche Volk erkennen, daß die vielen Millionen, die zu dem Kriege gebraucht worden seien, doch nicht nutzlos in den Sand der Kaschani geworfen worden seien, da der Wert unserer ältesten Kolonien alsdann gerechtere Verteilung erfahren werde, wenn auch die Erschließung derselben erst durch ein „großzügiges Kulturprogramm“ ermöglicht werden könne.

Also auch die rosenrotesten Kolonialoptimisten rechnen noch mit einer jahrelangen Kriegsdauer in Südwestafrika!

An der Kriegsführung gegen die Hottentotten und Vondelzwarts läßt ein vom 16. Februar datierter Brief aus Gibeon, der aus der Feder eines Stellenfarmer's stammt, äußerst scharfe Kritik. Er wirt in seinem Briefe der Militärverwaltung eine geradezu sinnlose Vernichtung des von den Eingeborenen mühsam genug erbeuteten Eigentums vor. Er schreibt nämlich:

„Wir müssen leider die offiziellen, dem Leser in der Heimat maßgebenden Berichte über Erbeutung von Vieh und Transportwagen dahin richtig stellen, daß das Vieh nicht gewöhnlich in die Hände fällt, so daß es sich bald wieder erholt, und daß die erbeuteten Wagen regelmäßig verbrannt werden. Damit wird dem Farmer die Zukunft unterbunden, denn Vieh- und Transportwagen sind seine Existenzmittel, und der Truppe wird es unmöglich gemacht, das überall laputgefahrene Zugvieh zu ersetzen.“

### Der Reichskommissar für Südwestafrika, Dr. Rohrbach,

schilderte ja unlängst das Klima und die landwirtschaftlichen Verhältnisse unserer südwestafrikanischen Kolonie in den idealsten Farben. Welcher Art das Klima und die Bodenbeschaffenheit des größten Teils dieser Kolonie in Wirklichkeit ist, kennzeichnet folgende Mitteilung einer Zeitungs-Korrespondenz:

„Welch furchtbaren Leiden die deutschen Soldaten in Südwestafrika bisweilen ausgesetzt sind, geht aus einem Briefe hervor, den ein aus der Provinz stammender Soldat in die Heimat geschickt hat. Nach Schilderung der Ankunft in Lüderitzbucht (am 14. Januar) heißt es da:

„Hier in Lüderitzbucht trat uns gleich ein Kriegsbild vor Augen: in den Bergen hatte man eine Patrouille verburdet aufgefunden. Der Besetzte lebte noch, war aber vom Durst wahnsinnig geworden, seine beiden Kameraden fand man tot mit geöffneten Pulsadern — sie hatten ihr eigenes Blut getrunken.“

Auch die neuangeworbenen Truppen sollten alsbald afrikanische Temperaturen kennen lernen. Sie wurden schnell mobil gemacht und ritten ins Innere, Tag und Nacht, nachts drei Stunden Ruhe. „Was das Reiten hier heißt, kann man sich klar machen: eine glühende Hitze, der glühende, feine Sandstaub schlägt einem ins Gesicht, nirgends ein Baum oder Strauch, ohne Trankwasser, damit wird hier in der Wüste gespart, als ob ein Glas 20 M. koste. Der schlimmste Tag war der 27. Januar, unseres Kaisers Geburtstag, wir hatten über 50 Grad Hitze.“ —

## Husland.

### Nach Rouen.

Paris, 5. April. (Fig. Ver.) Der Kongreß von Rouen hat in der Kammerfraktion der P. S. F. zwei Rückwirkungen entgegengesetzter Art zeitigt.

Erfstens haben zwei Fraktionsmitglieder, Gabriel Deville-Paris und Normand-Rhône, die Fraktion verlassen. Deville begründet seinen Rücktritt mit der ihm immer vorteilhaft kennezeichneten Offenheit:

„Ich verlasse die Fraktion, weil die Fraktion den Bloc verläßt; ich verlasse sie, weil sie in der Kammer die Politik der Verständigung unter den Republikanern ausübt, die einzig wert-same Politik, die sich in dieser Stunde mehr denn je aufzwingt, die von der Fraktion sechs Jahre lang belächelt wurde und die je vor einigen Tagen fast einstimmig erklärte, fortsetzen zu wollen. — die Politik, die jeder einzelne ihrer Mitglieder — dessen bin ich ganz sicher — in seinem Wahlkreise fortzusetzen Sorge tragen wird. — Ich werde von neuem ein unabhängiger Sozialist, in Erwartung der Zeit, da Ihr enttäuscht ein für das allgemeine Interesse unzureichendes Experiment aufgeben, das es Euch zu versuchen beliebt. — Ich kann Euch nicht sagen: Gut Glück, aber ich sage Euch: Auf Wiedersehen!“

Der Abg. Normand beruft sich in seinem Demissions-schreiben auf den Bloc-Vertrag seiner Wahl: Ein „Er-wählter des Blocs“, da seine Kandidatur von einer gemischten republikanischen und sozialistischen Konferenz auf-gestellt wurde, könne er natürlich nicht länger der Fraktion angehören, nachdem sie aus dem Bloc ausgetreten ist. Weiter verweist der Bloc-Sozialist auf die Notwendigkeit, nach der Trennung zwischen Kirche und Staat erst recht — die Republik zu verteidigen, fernermalen die freige-wordene Kirche die Republik erst recht gefährden könnte! . . .

Es sei übrigens erwähnt, daß Deville und Normand statutengemäß der Fraktion überhaupt nicht hätten angehören dürfen, da Normand der P. S. F. nicht angehört, während Deville aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Die Gerüchte über weitere Demissionen aus der Fraktion haben sich nicht bestätigt.

Die Fraktion selbst hat sich dem Kongreß von Rouen ge-fügt. Ein Antrag auf die „ausnahmsweise“ Teilnahme an der linksdelegation zwecks Sicherung des Trennungsentwurfes hat nur 5 Stimmen vereinigt. Der Gegenantrag von Jaures, der darauf verweist, daß der Erfolg der Reform einzig von der disziplinierten Gruppierung der Mehrheit um die mit der Regierung geeinigten Kammerkommissionen ab-hängt, — hat 14 Stimmen erzielt. Zwei Fraktionsmitglieder haben sich enthalten und etwa zehn sind der wichtigen Sitzung ferngeblieben. Man sieht, die Fraktion nimmt den Kongreß-beschluß von Rouen mit recht möglichem Eifer zum Herzen.

### Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 7. April. Abgeordnetenhaus. Der gestern eingebrachte Antrag Rostoff betreffend die Aufhebung des Beschlusses vom 18. November vorigen Jahres über die Haus-or-dnung wurde mit großer Majorität angenommen. Der Ministerpräsident Graf v. Tisza begründete seine ablehnende Haltung, indem er sagte, infolge des Ausfalles der Wahlen und der Bildung einer neuen Majorität finde er es natür-lich, daß diese den Beschluß über die Hausordnung umstoße. Das Abgeordnetenhaus habe jetzt eine solche Minorität, die auf dem Standpunkt steht, daß sie das Recht der Majorität nicht respektieren werde. Es sei schon darum eine spezielle Anordnung überflüssig, welche das Recht der Majorität sichere, wie dies im vorigen Jahre nötig gewesen. Er wünschete nur zu konstati-ieren, daß die liberale Partei den Beschluß vom 18. November in der Ueberzeugung gefaßt habe, daß das Interesse des Landes diesen Schritt gebietet. Die liberale Partei übernehme für diesen Beschluß die Verantwortung. — Das Haus beschloß mit großer Majorität die Bildung einer Kommission von 21 Mitgliedern zur Abfassung einer an den König zu richtenden Adresse. —

## Frankreich.

### Die Verschwörungssaffäre

Soll nun doch von größerer Bedeutung sein, als man gestern annahm. Der Hauptmann Metivier vom 7. Kolonialregiment in Rochefort gab in einem Brief dem Deputierten Rabier Anhaltspunkte für die Untersuchung. Auch an ihn sowie mehrere Kameraden sei vertraulich die Anfrage ergangen, was sie von einem Putzsch zugunsten Viktor Napoleons hielten. Das Unternehmen werde von wichtigen Männern Frankreichs begünstigt. In die Kolonialarmee, erklärte Metivier, habe man sich deshalb gewandt, weil in dieser Armee die Hirsöpfe und Abenteuerer besonders zahlreich seien. Der betreffende Hauptmann hat denn von den an ihn ergangenen Auerbietungen, wie der Deputierte Rabier erzählte, den Ministern Rouvier und Etienne Mittelteilungs gemacht im Hinblick auf die letzte Tage vorgenommenen Hausdurchsuchungen. Rouvier habe dem Hauptmann mitgeteilt, ihm sei bereits von einem anderen Offizier die gleiche Nachricht zugegangen. Rabier, ein radikaler Abgeordneter, teilte ferner mit: Das Komplott, welches zugunsten des Prinzen Viktor Napoleon entworfen war, hätte folgende Idee: Die Verschwörer haben beabsichtigt, sich durch List, indem sie fälschliche Uniformen der Kolonialtruppen anziehen wollten, des Elisee-Palastes zu bemächtigen, sowie den Kammer- und Senatspräsidenten gleichzeitig mit dem Präsidenten Loubet zu verhaften.

Als dem Abgeordneten Rabier diese Einzelheiten bekannt wurden, teilte er dem Minister des Innern diese Angelegenheit mit, durch welchen sofort der Kabinettschef informiert wurde. Die sofort eingeleitete Untersuchung führte zur Entdeckung von 500 Uniformen und 8000 Patronen, sowie die gestern beschlagnahmten mehrere hundert Gewehre. Infolge dieses Zwischenfalles hat der Untersuchungsrichter einen Haftbefehl gegen den Direktor der Gesellschaft für koloniale Studien, Binanau, und gegen seinen Verwandten Ganzen, welche beide Freunde des Hauptmanns Lamburini sind, erlassen. Man erwartet weitere sensationelle Veröffentlichungen in dieser Angelegenheit. Die Einführung von höheren Offiziere, unter denen der General Negrier genannt wird. Andere Offiziere, von denen im Briefe die Rede ist, stehen noch im aktiven Dienst. Auch verschiedene nationale Abgeordnete, wie Billeneuve, sind kompromittiert. Ein anderer Abgeordneter, der enge Beziehungen zu dem Prinzen Viktor Napoleon hat, und der ein großes Vermögen besitzt, soll die notwendigen Gelder zur Ausführung des Komplotts geliefert haben.

## Dänemark.

Die Reichstags-Session ist am Montag nachmittag geschlossen worden, im Folleting mit dem Rufe: „Es lebe der König und die Verfassung!“, im Landsting begnügt man sich damit, den König leben zu lassen. In gewisser Hinsicht hat die verfloßene Session der Regierungspartei Erfolge beschert, aber solche, die ihr jedenfalls nicht zum Vorteil gereichen werden und die sie von vornherein mit dem Verlust von 16 ihrer tüchtigsten Mitglieder bezahlen mußte. Der Ministerwechsel, der dadurch notwendig wurde, daß sich der Kriegsminister Raden parlamentarisch unmöglich gemacht hatte, wurde nicht mit Hilfe des Parlaments, sondern während der Neujahresferien durch die reaktionären Ausschüsse der Reformpartei vollzogen und durchaus in ihrem Sinne. Der neue, zivile Landesverteidigungsminister Christensen erhielt durch die berückichtigte „Anmerkung“ zum Budget gewissermaßen das Recht, den Militarismus mit demselben Eifer zu pflegen wie sein Vorgänger Raden, und einen weiteren Erfolg erzielte die Reaktion durch das Prügelfgesetz, das glücklicherweise nur auf sechs Jahre gilt, und ja auch einige Fortschritte enthält, wie die Einführung bedingter Strafurteile und der Straffreiheit der Kinder. Diese Bestimmungen wird ergänzt durch das Gesetz über die Erziehung verbrecherischer und verwahrloster Kinder und junger Menschen, das am Sonnabend im Folleting endgültig angenommen worden ist. Seit einer Reihe von Jahren hat die Sozialdemokratie für diese Sache gewirkt, und seitdem im Jahre 1895 eine Kommission ihr Gutachten darüber abgab, ist keine Session vorüber gegangen, ohne daß unsere Parteigenossen ihre Stimme für eine humane Gesetzgebung dieser Art erhoben haben. Ihre Wünsche sind in dem neuen Gesetz nicht ganz erfüllt worden; das Landsting hat manches verschlechtert, aber dennoch ist das Erreichte schätzenswert. Ein nicht minder wichtiger Fortschritt sind die beiden Gesetze zur Bekämpfung der Tuberkulose sowie die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Seefleute, die in einem besonderen Gesetz durchgeführt worden ist. Auch hier war die Sozialdemokratie die treibende Kraft; ebenso in den Fragen der Arbeitslosenversicherung und der Revision des Besoldungsgesetzes, die beide durch die Einsetzung von Kommissionen der Lösung um einen Schritt näher geführt worden sind. Die Reform des kommunalen Wahlrechts schritterte an dem Widerstand des Landstings, das sich am Sonnabend mit 30 Stimmen bei 24 Stimmenthaltungen für die Beibehaltung des Zweiklassenwahlrechts und des Zensus für Kopenhagen erklärte. Für eine gerechte Einteilung der Folletingswahlkreise haben bekanntlich unsere Parteigenossen im Folleting der Regierung eine bindende Erklärung abgegeben. Diese beiden Fragen, die direkt in die Machtverhältnisse der herrschenden Klassen eingreifen, werden wohl noch schwerer Kämpfe zu ihrer Lösung bedürfen.

## Schweden.

Ein neues Strafgesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung. Die schwedische Regierung hat am Dienstag dem Reichstag den Entwurf zu einem neuen schändlichen Ausnahmegeretz gegen streikende Arbeiter vorgelegt. Es sollen Paragrafen in das Strafgesetzbuch eingefügt werden, wonach Arbeiter, die ohne gesetzlichen Grund die Arbeit unter solchen Umständen niederlegen, daß Gefahr für Leben und Gesundheit oder „grobe Gefahr“ für das Eigentum entsteht, mit Geldstrafen, wenn aber tatsächlich eine Schädigung an Eigentum verursacht wird, mit Gefängnis bestraft werden sollen. Kommt bei dem Bruch des Arbeitsvertrages „ein allgemeines Interesse“ in Betracht, so soll auf Dienstentlassung und Geldbußen, und wenn grober Schaden, oder eine Behinderung oder Störung des Betriebes verursacht wurde, auf Dienstentlassung und Gefängnis bis zu sechs Monaten erkannt werden.

In einer tiefen Rede warnte unser Parteigenosse Wranting in der Zweiten Kammer vor der Durchführung dieses Ausnahmegeretzes gegen die Klasse des schwedischen Volkes, die größtenteils nicht einmal das Wahlrecht besitzt, um ihre Interessen in der Kammer gegenüber vertreten zu lassen. Er bemerkte unter Hinweis auf die Vorgänge in Russland, daß derartige Strafbestimmungen dahin wirken müssen, daß der Klassenkampf brutaler Formen annimmt, und erklärte zum Schluß, daß keine Macht imstande sei, die Arbeiterbewegung einzudämmen, selbst wenn die Kammer der Regierung auf diesem unheilvollen Wege folgen sollte. — Die Rede Wrantings wurde von mehreren Seiten mit Bravorufen aufgenommen. Der Entwurf, gegen den sich übrigens auch noch zwei Liberale ausdrücken, wurde dem Gesetzgebungsausschuß überwiesen.

## Türkei.

Konstantinopel, 7. April. Der Kriegsminister unterzeichnete am Mittwoch einen Vertrag mit den Krupp-Werken wegen Lieferung von 96 Batterien Feld- und Belagerungsgeschütze zum Preise von 42 Millionen Mark. („Daily Mail“.)

## Amerika.

### Partei und Gewerkschaft.

Seit einigen Jahren kämpft die American Labor Union, eine neuere Verbindung zwischen zwei Arbeiterverbänden des Westens der Vereinigten Staaten, gegen die alte und mächtige Gewerkschaftsorganisation, die American Federation of Labor. In der schwächeren A. L. U. wird für den sozialistischen Gedanken propagiert, die stärkere A. F. of L. ist dagegen konservativ. Die organisierten Bergarbeiter der Weststaaten bilden den Hauptbestandteil der A. L. U., und es gilt als ein Schwächezeugnis der A. L. U., daß der Kampf der Bergleute in Colorado so schwer durchzuführen war und so viele Niederlagen zeitigte. Die American Labor Union will eine sozialistische Organisation darstellen und sozialistische Politik treiben. — In der sozialistischen Partei ist jetzt eine Fehde darüber entbrannt, ob die Partei sich rückhaltlos auf die Seite der A. L. U. stellen soll. Von der einen Seite wird es warm empfohlen, von der anderen entschieden verworfen. Im Juni soll in Chicago eine Konferenz zwischen Vertretern der Partei und der Gewerkschaften stattfinden, um Beschlüsse zu fassen, ob der Kampf gegen die mächtige American Federation of Labor von der Partei im Verein mit der American Labor Union aufgenommen werden soll. Nach Ansicht einer Richtung in der Partei wäre es ein entscheidungsvoller Fehler, zuzustimmen auf die stärkste Arbeiterorganisation einzuwirken zu wollen; umsonst ein Fehler, als der Einfluß der Sozialisten innerhalb der A. F. of L. stetig zunimmt und wirksam ist. In manchen Städten, wie z. B. Milwaukee und St. Louis haben die Sozialisten in Gewerkschaftskreisen Einfluß und Bedeutung sich erworben. Auf den Kongressen der A. F. of L. zeigt sich, daß das sozialistische Element stets eine starke Vertretung findet. Auch ist es in der Minorität, aber das ist der Wille der Arbeitermassen selbst, und nur durch langsame Agitationsarbeit, durch das „Bohren von innen“ sind die Massen zu gewinnen. Es wird eindringlich getarnt vor einem Bruderkampf unter den organisierten Arbeitern, und man befürchtet, daß die Partei selbst den größten Schaden dabei leiden möchte.

Die andere Seite dagegen vertritt sich viel von einer Scheidung zwischen den reaktionären und den sozialistischen Gewerkschaften. Man erwartet, daß große Verbände ihren Austritt aus der A. F. of L. erklären und sich der A. L. U. anschließen werden. Die Partei hätte dann eine sozialistische Gewerkschaftsorganisation, die ihr wertvolle Dienste leisten könnte und ebenso würde die Partei dadurch imstande sein, ihren Gewerkschaften zu dienen. Das „Bohren von innen“ habe nicht den gewünschten Erfolg und die A. L. U. biete der Partei eine günstige Gelegenheit, den erstehnten Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen.

Eine ähnliche Taktik wurde in der Partei vor etwa sieben Jahren eingeführt. Man gründete einen sozialistischen Zentralverband von Gewerkschaften, Socialist Trades and Labor Alliance genannt, machte aber entschieden Mißsloß damit. Die Meinungsverschiedenheit in dieser Gewerkschaftsfrage führte hauptsächlich zu dem Bruch in der Partei, der jetzt noch nicht geheilt ist. De Leon war es damals, der die S. T. L. A. gründete.

In der A. F. of L. sind beinahe zwei Millionen Arbeiter organisiert, in der A. L. U. nur einige Hunderttausende.

## Parlamentarisches.

Die Petitionskommission des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit der Petition einer Frau Hirschberg in Berlin, welche ihrer Ansicht nach widerrechtlich in eine badische Privat-Internieranstalt als Seifenkrank interniert worden ist. Petentin bittet um Neuregelung des Internierens.

Der an der Beratung teilnehmende Vertreter der badischen Regierung gab zu, daß bei der Unterbringung der Petentin in die Privat-Internieranstalt nicht korrekt vorgegangen worden sei. Es sei weiter von den Familienangehörigen der Petentin, noch von der Armenbehörde der ersuchende Antrag auf Aufnahme in die betreffende Anstalt gestellt worden. Das Ober-Landesgericht, welches sich mit der Angelegenheit beschäftigt, habe in einem Erkenntnis ausgebracht, daß die Anstalt, welche die Unterbringung der Frau Hirschberg in die Anstalt veranlaßt haben, zwar in gutem Glauben gehandelt, aber doch leichtfertig den Angaben einer Krankenpflegerin der Frau Hirschberg geglaubt hätten.

Der Referent Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.) beantragte die Petition für ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären, weil er der Meinung war, daß der Reichstag nicht zuständig sei, da es sich um eine badische Landessache nicht aber um eine Reichsangelegenheit handle.

Die Abg. Thiele und Zuhner (Soz.) traten der Ansicht des Referenten entgegen. Die Angelegenheit verdiene im Plenum ernstlich besprochen zu werden, da Petentin nicht, wie Dr. Mugdan annehme, allein eine Bestrafung der Ärzte verlange, welche ihre Aufnahme in die Internieranstalt veranlaßt haben, sondern auch die Abänderung der Gesetzgebung, um sichere Garantien zu schaffen, gegen unrechtmäßige Internierungen in Internieranstalten. Unsere Genossen beantragten deshalb, die Petition dem Reichstagskanzler als Material zur Abänderung der Gesetzgebung zu überweisen.

Bei der Abstimmung ergab sich, daß die Kommission mit 9 gegen 7 Stimmen sich auf den Standpunkt des Abg. Dr. Mugdan stellte, dem Reichstag für nicht zuständig und die Petition deshalb für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärte.

Der Verband der Glasarbeiter Deutschlands petitioniert um Einschränkung der Sonntagsarbeit in den Glashütten.

Der Regierungskommissar erklärte, daß in der Angelegenheit im Reichsamt des Innern Erhebungen stattfänden. Die Absicht des Herrn Staatssekretärs Graf Posadowski, dem Reichstage schon in der nächsten Session eine Vorlage zugehen zu lassen, würde sich aber wohl kaum verwirklichen lassen.

Abg. Hara (Soz.) trat für die Wünsche der Petenten ein und hob hervor, daß die Sonntagsruhe schon jetzt in einer Anzahl von Glashütten eingeführt sei. Er beantragte, die Petition dem Reichstagskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Kommission lehnte diesen Antrag ab und beschloß: Ueberweisung an den Reichstagskanzler zur Erwägung.

## Aus Industrie und Handel.

Von dem Jahresbericht der Berliner Handelskammer für 1904 ist jetzt auch der zweite Teil erschienen. Bekanntlich hat die Unmöglichkeit, gleich nach Jahreschluss einen zuverlässigen und eingehenden Bericht über die letztjährige wirtschaftliche Entwicklung zu erstatten, die Berliner Handelskammer dazu bestimmt, ihren Jahresbericht in zwei Hälften zu teilen. Der erste Teil, der zum Schluss des Jahres erscheint, bringt eine allgemeine Charakteristik des Wirtschaftslebens in dem zu Ende gegangenen Jahre, speziell der Gestaltung der Börsen-, Bank- und Geldmarktsverhältnisse, sowie der Tätigkeit der Handelskammer nebst einer Uebersicht über das Verkehrswesen und die innere wie auswärtige Handelspolitik, während der zweite, einige Monate später erscheinende Teil nach einem eingehenderen, die inzwischen veröffentlichten amtlichen Statistiken benutzenden Bericht über die allgemeine Wirtschaftslage im einzelnen die industrielle und kommerzielle Tätigkeit in den verschiedenen Gewerbebezügen behandelt.

Dieser zweite Teil des Berichts für das Jahr 1904 ist jetzt erschienen. Indem wir uns vorbehalten, auf einzelne Darlegungen gelegentlich zurückzukommen, geben wir hier nur kurz die Charakteristik der Berliner Marktlage im vergangenen Jahre wieder:

Unter den Gewerben, welche die Gunst der Konjunktur am reichlichsten ausschöpfen, standen die am Baumarkt beteiligten Industrie- und Handelszweige obenan. Das ganze Jahr hindurch war die Bautätigkeit von einer Lebhaftigkeit, wie sie kaum in einer Zeit zuvor verzeichnet werden konnte. Der Aufschwung spiegelt sich aufs intensivste in den bedeutenden Umsätzen des Grundstücks- und Hypothekerverkehrs wieder. Für fast sämtliche Zweige der Maschinenindustrie war das Berichtsjahr günstiger als das Vorjahr. Die elektrische Industrie steigerte ihre Umsätze erheblich, desgleichen die chemische Industrie. Das weitverzweigte Textilgewerbe zeigte zwar kein durchwegs einheitliches Gepräge, indes konnte der Gesamteindruck, den das Berichtsjahr hinterließ, als günstig bezeichnet werden. Die Umsätze der Wäschefabrikation waren größer als im Vorjahr; namentlich in der ersten Hälfte des Jahres verlief das Geschäft befriedigend. Auch in der Konfektionsindustrie, die im ganzen gute Ergebnisse zu verzeichnen hatte, war das Sommergeschäft besser als das Wintergeschäft. Die Papierindustrie hielt sich im allgemeinen auf der Höhe des Vorjahres, die graphischen Gewerbe hatten einen lebhafteren Geschäftsgang zu verzeichnen.

Die Umsätze des Berliner Getreidehandels waren groß, indes wurde der Vertrag des Geschäfts durch das erhebliche Risiko, welches die Unsicherheit der politischen Verhältnisse, das Fehlen des börsenmäßigen Termingeschäfts, ferner im Sommer die Behinderung der Dampfschiffahrt bedingten, wesentlich eingeschränkt. Das gleiche trifft für die Röhrenindustrie zu; sie leidet zudem unter Ueberproduktion.

Kursbewegung an der Berliner Börse im März. Im Monat März ist das Kursniveau nicht unerheblich zurückgegangen. Die starke Kurssteigerung im Februar und die Verfestigung des Geldmarktes gegen Ende des Monats März hat zur Folge gehabt, daß auf dem Markte der festverzinslichen Werte das Angebot die Nachfrage überwog. Es ergab sich daher ein Rückgang des Kurzes von 97,58 Ende Februar auf 96,95 Ende März. Die Höherbewertung der Sprozentigen Reichs- und preussischen Anleihen, die eine charakteristische Erscheinung im Monat Februar war, verschwand wieder, und dadurch wurde der Kurs der deutschen Staatsanleihen von 99,64 Mitte Februar auf 97,97 bis Ende März herabgedrückt. Fast ebenso stark ist der Kurs der ausländischen Staats- und Kommunalanleihen zurückgegangen. Bei den Dividendenpapieren hat sich die steigende Kursbewegung, die seit Mai 1904 unausgesetzt von Monat zu Monat, mit Ausnahme des Monats Januar 1905, auch im März fortgesetzt. Allerdings ist der Grad der Steigerung von Februar auf März nicht mehr so erheblich wie von Januar auf Februar. Für die Dividendenpapiere insgesamt stellte sich der Ultimokurs im März auf 166,10 gegen 165,09 im Februar und 162,08 im Januar. Von den 15 Gruppen der Dividendenwerte zeigten 9 eine Steigerung des Kurzes gegenüber dem Stande des Februar. Der Reihe nach sind am stärksten gestiegen die Werte in den Gruppen Chemische Industrie, Versicherungsgewerbe, Nahrungs- und Genussmittel, Steine und Erden sowie Verkehrsgewerbe. Zurückgegangen ist der Kurs, wie schon im Februar, in den beiden Gruppen Textil- und Lederindustrie.

Für die einzelnen Arten der Dividendenwerte ergeben sich folgende Verschiebungen:

	Kursstand i. d. M. März 1905	Kursdifferenz gegen den Vormonat	Kursdifferenz gegen den Vorjahre
Bergbau und Hütten . . . . .	209,66	+ 0,64	+ 27,65
Steine und Erden . . . . .	194,27	+ 2,08	+ 0,87
Metalle und Maschinen . . . . .	204,38	+ 2,57	+ 6,72
Chemische Industrie . . . . .	319,60	+ 7,27	+ 12,87
Textilgewerbe . . . . .	143,19	- 0,68	+ 2,31
Papier . . . . .	138,01	+ 0,77	+ 6,74
Leder . . . . .	185,24	- 4,22	+ 1,89
Holz und Schnitzstoffe . . . . .	252,48	- 1,07	+ 8,64
Nahrungs- und Genussmittel . . . . .	199,45	+ 3,65	+ 3,51
Baugewerbe . . . . .	143,69	+ 0,88	+ 1,67
Banlfaktien, deutsche . . . . .	167,22	- 0,02	+ 1,64
Versicherungsgewerbe . . . . .	436,35	+ 5,88	+ 1,68
Verkehrsgewerbe . . . . .	115,98	+ 1,79	+ 1,29

Die Verstaatlichung der Dresdener Straßbahnen erscheint nach dem Verlauf der gestern in Dresden abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre noch keineswegs gesichert zu sein. Vertreten waren 188 Aktionäre mit 4903 Stimmen. Für die beantragte Verstaatlichung der Bahn wurden 3654, dagegen 1170 Stimmen abgegeben. Da nach dem Handelsgesetz eine Dreiviertel-Majorität der abgegebenen Stimmen zur endgültigen Beschlußfassung erforderlich ist, während das Gesellschaftsstatut eine Dreiviertel-Majorität der angemeldeten verlangt, muß die Entscheidung richterlichem Ermessen überlassen werden.

Neue Kämpfe zwischen deutschen und englischen Schiffsahrtsgesellschaften. Kaum ist zwischen den großen kontinentalen Schiffsahrtsgesellschaften und der Cunard-Linie der Friede wiederhergestellt, da beginnen sich schon Vorboten eines neuen Kampfes zwischen einigen kontinentalen und englischen Gesellschaften zu zeigen. In diesem Falle liegt die Führung, wie dem „Verl. Z.“ gemeldet wird, auf der kontinentalen Seite bei der Deutschen Dampfschiffsahrtsgesellschaft „Hansa“ in Bremen, während die „British India Steam Navigation“ und die „Peninsular and Oriental Steam Navigation Company“, kurz die „P. u. O.“ genannt, die englischen Interessen wahrnehmen. Die Routen, auf denen sich die Differenzen und der etwaige Handelskrieg abspielen werden, sind erstens die Strecke New York-Südafrika, ferner Antwerpen-Ostindien. Die „Hansa“ hat vor einiger Zeit das Poolabkommen bezüglich der Fahrt New York-Südafrika gelöst, da sie durch den Pool in der Wahrnehmung ihrer Geschäftsinteressen sich behindert fühlte. Nunmehr verjagt die „Hansa“ nach einer Darstellung in den „Times“ in dem ostindischen Frachtgeschäft eine Monopolstellung zu erringen. Die „Hansa“ hat zu diesem Zweck von Antwerpen aus ein Rundschreiben an die Vershiffer erlassen, indem sie denjenigen Firmen, die ausschließlich die „Hansa“-Linie nach indischen Häfen befrachten, außer dem bisherigen Rabatt von 10 Proz. eine weitere Bonifikation in Höhe von 5 Proz. zubilligt. Dagegen wird den Exporteuren der Rabatt gänzlich entzogen, wenn sie sich direkt oder indirekt an Verschiffungen durch die „British India“ oder die „P. and O.“ beteiligen. Sollte es zwischen der „Hansa“ und den englischen Gesellschaften ernstlich zum Kampfe kommen, so würden indirekt auch die „Hamburg-Amerika-Linie“ und der „Norddeutsche Lloyd“, wenn auch in geringem Maßstabe, in Mitleidenschaft gezogen werden, da sie zu der „Hansa“ in einem Bundesverhältnis stehen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Der Streit der Gelehrten bei den Firmen G. Reinhardt und F. Gutzmerand dauert unverändert fort und werden die Kollegen anderer Firmen von der Streikleitung ersucht, bei Angebot von Streikarbeit selbige zu verweigern, da die betreffenden Firmeninhaber veruchen, ihre Aufträge in anderen Betrieben herstellen zu lassen. Die Differenzen bei A. W. Schulze sind beigelegt.

Die Insozialen, welche den Arbeitgebern einen Tarif unterbreitet hatten, erhielten hierauf einen Gegentarif. Die beiderseitigen Kommissionen verhandelten mit einander und einigten sich über die strittigen Punkte mit Vorbehalt der Zustimmung der Auftraggeber. In Zukunft soll der bestehende Tarif auf zwei Jahre festgelegt werden. Verschiedene Positionen erhalten einen Zuschlag. Der Stundenlohn steigt von 60 Pf. auf 70 Pf. Es dürfte ohne Arbeitsniederlegung zu einem Tarifabschluss zu kommen.

Die Wagenfabriker haben den Arbeitgebern ihre Forderungen gestellt. Von den größeren Firmen sind dieselben anerkannt; verschiedene Antworten stehen noch aus. Gefordert wird die neun-



### Reichstag.

181. Sitzung vom Freitag, den 7. April 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Frhr. v. Stengel, Dr. Stuebel. Nach Erledigung einiger Rechnungssachen wird die Novelle zum Reichs-Beamtengehalt in dritter Lesung debattelos angenommen. Es folgt die dritte Beratung des Rachtrags-etats für 1905 betreffend Südwestafrika und Kamerun.

Abg. Ledebour (Soz.):

Bei der gestrigen zweiten Beratung ist von verschiedenen Seiten bestritten worden, 1. daß die Witboi-Hottentotten in den Aufstand hineingehört worden seien durch die Androhung der Entwaffnung, 2. daß den Dvambos gleichfalls durch die Kolonialinteressen die Entwaffnung angedroht ist. Bei der vorgelesenen Zeit werde ich mich darauf beschränken, Ihnen zwei Beispiele für meine Behauptung vorzulegen. Das 1. die Witboi-Hottentotten angeht, so hat Generalmajor v. Franconi in seiner Schrift über den „Hottentotten-Aufstand“ sich folgenbermaßen über die Gründe der Erbesehung der Witboi-Hottentotten ausgesprochen: „Den Anlaß zum Aufbruch sollen die verschiedensten Umstände gegeben haben: Einigung eines aethiopischen Propheten, religiöser Wahnsinn, Furcht vor der Absehung der Kapitane mögen mitgesprochen haben. Bestimmend scheint die Besorgnis vor der Entwaffnung gewesen zu sein. Die Abgabe der Gewehre bedeutet für die Witbois das Ende der Unabhängigkeit. Und für seine Freiheit will er kämpfen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen, daß hier gegenüber dem „Hottentotten-Aufstand“ ein höherer Offizier sich eine größere Objektivität zu bewahren vermocht, als die bürgerlichen Parteien im Hause. — Das auch die Dvambos gegenwärtig aufgebracht werden, dafür kann ich ein Zitat aus einer Broschüre des Professor Dr. Wohltmann, kaiserlicher Geheimer Regierungsrat, anführen. Er spricht sich folgendermaßen über die ferneren Pläne in der Kolonie aus: „So hartberzig es auch klingen mag, wir können nicht umhin, gleichzeitig auch mit den Dvambos reinen Tisch zu machen und die vollständige Unterwerfung dieses unsere unbedingte Herrschaft noch nicht anerkennenden Volkes durchzusetzen. Die Pazifizierung der Kolonie wird sich daher noch nicht von heute auf morgen vollziehen können, sondern vielleicht noch lange Zeit in Anspruch nehmen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Geheimrat beklammert also den Dvambos gegenüber reinen Tisch, was er mit reinem Tisch meint, sagt er freilich nicht. Er will sie alle nicht gleich totschlagen, aber er will jedenfalls so reinen Tisch mit ihnen gemacht haben, wie mit den Hereros. Das ist das die Dvambos nicht einfach gefasst lassen werden, sieht Geheimrat Wohltmann selbst ein. Und gerade um diesen Gefahren entgegenzutreten, hielt ich es für notwendig, noch in letzter Stunde vor der Entwaffnung der Dvambos zu warnen. Der Kolonialdirektor, der gestern zu meiner Verwunderung überhaupt gar nicht das Wort genommen hat, hat ja allerdings erklärt, die Entwaffnung sei nicht beabsichtigt. Aber man darf gegen dieses Wort auch nicht liegen, wie dies geschieht. Wegen die weitere Ausdehnung des Krieges muß unter allen Umständen Verwahrung eingelegt werden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lattmann (wirtsch. B.): Um einer Legendenbildung vorzubeugen, möchte ich erklären, daß meine Behauptung über den Zusammenhang der verschiedenen Gesellschaften in Deutsch-Südwestafrika, über den Zusammenhang des deutschen und englischen Kapitals sich auf Notizen beziehen, welche ich teils in der „Deutschen Kolonialzeitung“, teils in der „Deutschen Zeitung“ gefunden habe. Damit schließt die Generaldebatte. Ohne weitere Diskussion wird der Rachtragsetat hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Präsident Graf Ballestrem: Damit ist die Tagesordnung erledigt. (Allseitiges Ah.) Ich schlage vor, die nächste Sitzung zu halten am Dienstag, 2. Mai, 2 Uhr mit der Tagesordnung: Rechnungssachen; Sanitätsabkommen; Antrag Hagemann-Spahn auf Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Abg. Spahn (B.): Ich schlägt vor, die nächste Sitzung acht Tage später, als der Präsident vorschlägt, anzuberaumen, und zwar auf den 10. Mai, damit der 9. Mai für die Schiller-Feier frei bleibe. (Bravo.)

Abg. Wüßing (natl.) bittet, dem Vorschlage des Präsidenten Folge zu geben.

Abg. v. Tiedemann (Sp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Spahn an.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) erklärt sich für den Antrag Spahn. Es ist bekannt, daß die Dinge auf den Reichstag und seine Sitzungen nicht ausdehnend, sondern berückend einwickelt. (Weiterkeit.) Wir werden also doch zur Zeit fertig werden.

Präs. Graf Ballestrem: Ich muß bei meinem wohlertwogenen Vorschlage bleiben. Ich habe aus guter Quelle gehört, daß der Reichstag im Herbst schon sehr viel zeitiger einberufen werden wird, wohl schon zu Anfang Oktober. Je später wir hier zusammenkommen, desto länger wird also die große Pause zwischen den beiden Sessionen, und das ist doch die eigentliche Zeit, wo sich der Reichstags-Abgeordnete erholt. Jetzt soll er nur einmal Luft schnappen. (Weiterkeit.) Wenn das Haus anders beschließt, muß ich mich natürlich fügen; aber ich mache dann die Herren verantwortlich dafür, wenn daraus recht unangenehme Sachen sich entwickeln.

Abg. Dr. Krendt (Sp.): So gewichtig die Gründe des Herrn Präsidenten sind, so möchte ich doch bitten, dem Vorschlage des Herrn Spahn zu folgen. Auch das preussische Abgeordnetenhaus hat Ferien bis zum 10. Mai vorgegeben und bei den zahlreichen Doppelmanuten können wir kaum annehmen, daß wir vorher einen beschlußfähigen Reichstag bekommen.

Präs. Graf Ballestrem: Was das preussische Abgeordnetenhaus tut, ist für uns absolut nicht maßgebend. Wir fassen unsere Beschlüsse nach den Erwägungen, die für den Reichstag in Betracht kommen. Was die einzelnen Partikulargesetzgebungen tun, hat für uns keine besondere Bedeutung. (Weiterkeit.) Wenn Herr Abg. Krenndt noch so in Klaffen lebt (Große Heiterkeit), daß er glaubt, wir werden am 10. Mai ein beschlußfähigeres Haus bekommen als am 2. Mai, so kann ich ihm nur zu seiner jugendlichen Phantasie gratulieren. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Singer (Soz.): Wenn das Haus durch längere Ferien mehr gekraftigt ist, wird es schneller arbeiten. Ich stimme Herrn Spahn zu schon aus Dankbarkeit dafür, daß die Begeisterung des Zentrums für Schiller eine so große ist. (Weiterkeit.)

Das Haus beschließt hierauf die nächste Sitzung auf Mittwoch den 10. Mai, festzusetzen.

Schluß 2 Uhr.

### Abgeordnetenhaus.

175. Sitzung vom Freitag, den 7. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Müller. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Antrag Camp (fl.) betreffend Sperrung der Mutungen auf Steinkohlen und Steinsalz. Nach § 1 des beantragten Gesetzentwurfs soll die Annahme von Mutungen auf Steinkohlen sowie auf Steinsalz vom Tage der Verkündung des Gesetzes an auf die Dauer von fünf Jahren bei den staatlichen Bergbehörden nur noch insoweit stattfinden, als die Mutung auf Grund von Schürfarbeiten, die schon vor dem 31. März 1905 begonnen worden sind, innerhalb sechs Monaten nach dem Tage der Verkündung dieses Gesetzes bei den zuständigen Bergbehörden eingelegt ist. Ferner schlägt der Antrag Camp eine

Resolution vor, in welcher die Regierung ersucht wird, in eine eingehende Prüfung hierüber einzutreten, in welcher Beziehung das Vergeseh, insbesondere über das Muten und die Verkundung des Bergverleihungsgesetzes einer Änderung zu unterwerfen sein möchte, und den diesbezüglichen Gesetzentwurf sobald als möglich vorzulegen.

Abg. Camp (fl.) begründet den Antrag und weist darauf hin, daß dieser bestimmt sei, die vorhandenen Anomalien, die sich bisher auf dem Gebiete der Mutungen herausgestellt hätten, zu beseitigen. Wenn auch anzunehmen sei, daß die Bergbehörde bemüht sei, die Anomalien zu beseitigen, so lämen doch noch vielfache Mißbräuche vor, die dazu führen, daß das Bergverleihungsgesetz in den Besitz des Großkapitals übergeht. Darunter habe auch der Staat zu leiden gehabt, indem er beim Ankauf von Bergwerken in Westfalen das Dreifache und Vierfache des ursprünglichen Preises habe zahlen müssen. Wäre Fürst Bismarck noch einige Jahre länger im Amte geblieben, so hätte er wohl schon eine Reform der Bestimmungen über das Mutungswesen herbeigeführt. Wünschenwert wäre es, wenn die Regierung der Kommission, an die der Antrag wohl verwiesen würde, eine Uebersicht über die ausgegebenen Mutungen und die Größe der Felder, für welche Mutungen erteilt sind, vorlegen würde. Redner verwahrt sich gegen den Vorwurf des Oberbergräteisters Engel, daß sein Antrag auf die Initiative der Regierung zurückzuführen sei und beantragt zum Schluß die Ueberweisung seines Antrages an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Handelsminister Müller: Im Laufe der letzten Session ist wiederholt von verschiedenen Seiten angeregt worden, daß das Mutungswesen einer Änderung bedürfte, und es wurde darauf hingewiesen, daß gewisse große Vaugesellschaften bemüht seien, sich ungeheure Felder zu sichern und daß dadurch monopolartige Verhältnisse geschaffen werden, so daß ein Einbrechen des Staates nötig ist. Ich habe bereits in der vorigen Woche auf die Ausführungen des Abg. Traeger erwidert, daß ich bereit sei, in eine Erörterung der Frage einzutreten, in welcher Weise eine gesetzliche Änderung dieses Gebietes möglich sei. Wir sind seit längerer Zeit mit der Frage beschäftigt, sind aber dabei auf große Schwierigkeiten gestoßen. Ich muß die Darlegungen des Abg. Camp als zutreffend anerkennen. Was eine gründliche Reform des Vergesezes angeht, so ist nicht zu vergessen, daß es auf dem Bergbauverein aufgebaut ist, und es bedarf ausführlicher Vorarbeiten, wenn man den ganzen Aufbau des Gesetzes ändern will. Der Vorschlag des Abg. Camp ist uns insofern sehr sympathisch, als er uns Zeit läßt, in aller Ruhe mit den Interessenten zu überlegen, wie die ganze Frage zu regeln ist. Der Antrag Camp ist zu unbillig gegen die Vaugesellschaften und wird noch abgeschwächt werden müssen. Die Frist von sechs Monaten ist zu kurz bemessen, sie wird auf mindestens ein Jahr festgesetzt werden müssen.

Abg. Macco (natl.): Ich will gar nicht leugnen, daß das Mutungsgesetz einer Reform bedarf und jetzt Uebelstände gereizigt hat, die im öffentlichen Interesse abgestellt werden müssen. Trifft aber der Antrag Camp den richtigen Weg? Schadet er nicht mehr als er nützt? Unsere vornehmste Sorge muß sein, der herrlich aufgeschütteten deutschen Industrie ihre Rohstoffe zu erhalten. Erst durch die großartigen Leistungen des Privatkapitals, die Tiefbohrergesellschaft, sind riesige Kohlenfelder erschlossen worden, die der Staat als abbaufähig hatte liegen lassen. Mit dieser Aufschließung haben die internationalen Vaugesellschaften sich ein großes Verdienst um Deutschland erworben. Verhängen Sie jetzt eine Sperre von fünf Jahren über alle Mutungen, so werden nach Ablauf dieser Zeit die jetzt bestehenden Gruben und Zechen einen ganz bedeutend höheren Wert haben. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.) Damit würde der Widerstand gegen eine Wiederaufhebung — ein Widerstand von ganz anderer Seite als jetzt! — so stark sein, daß diese Bewegung nur im ausschließlichen Mutungsmonopol des Staates enden könnte. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.) Ob das bei der freundlichen Stellung des Ministers zum Antrag Camp die Absicht ist, weiß ich ja nicht. Die Annahme des Antrages Camp würde den ganzen Wirtschaftsbetrieb Preußens aufs äußerste gefährden und jede Stetigkeit der Entwicklung unterbrechen. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Oberbergräteister v. Bellen: Der Vordredner erwähnte u. a., daß auch der preussische Fiskus die Freiheiten des Mutungsrechts stark ausgenutzt hat. Das war gegenüber der Konkurrenz der privaten Vaugesellschaften unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Aber so liegt es nicht, daß die böse Staatsregierung das unschuldige Lamm von Privatindustrie verführt hat.

Abg. Traeger (fr. Sp.): Ich bin stets der Ansicht gewesen und jetzt mehr als jemals, daß die Beratung und Verhandlung dieses Gegenstandes eine Kommission erfordert; denn es handelt sich um einen gesetzgeberischen Akt ganz außergewöhnlicher Art (Wiesendes Sehr richtig! besonders bei den Nationalliberalen), von dem wir alle, wenn er vollendet ist, wünschen werden, daß er sich niemals wiederholen möge. Der Ort, wohin dieser Antrag gehört, ist sofort bestimmt und abgestekt; wir haben schon eine Kommission, die mit der Abänderung des Vergesezes beschäftigt ist. Dieser Antrag hängt unmittelbar mit dem § 85 des Vergesezes zusammen, und die Herren, die durch die Beratung der Vergesezesnovellen schon in dieser Materie vorbereitet sind, werden am besten in der Lage sein, auch über diesen Antrag zu entscheiden. Ich beantrage daher, die Vorlage der Kommission für die Vergesezesnovellen zu überweisen. (Zustimmung.)

Wenn ich mich nun mit dem Antrage selbst beschäftige, so will § 1 die Mutungen für fünf Jahre verbieten. Man fragt sich erstaunt: Ja wozu denn, und wenn die fünf Jahre vorüber sind, was geschieht denn dann? (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Geht dann die alte Wirtschaft wieder los? Der Abg. Camp hat ja nun eine Resolution eingebracht, der wir, nebenbei bemerkt, unbedingt zustimmen können. Aber Sie wissen, daß Resolutionen nicht im Gesetze abgedruckt werden und oft einen außerordentlich geringen Wert haben. Wir müssen doch auch bedenken, daß Ministerposten zu denjenigen beweglichen Sachen gehören, die häufig ihren Inhaber wechseln (Stürmische Heiterkeit), und daß nicht jeder Nachfolger auf das abgeprägt, was er im Vorbeikommen seines Vorgängers findet. Wir müssen also mit der Möglichkeit rechnen, daß später ein anderer Minister an dieser Stelle steht und nicht das Bedürfnis empfindet, das Vergeseh nach unserer Anregung abzuändern. Dann hätte dieser Antrag viel mehr Unheil als Heil geschaffen. Es müßte also in dem Antrag wohl gesagt werden, daß die Mutungen verboten werden, bis eine andere gesetzliche Regelung des Mutungs- und Verleihungsrechts erfolgt ist, höchstens aber auf die Zeit von fünf Jahren. Das wäre schon eine sehr lange Zeit. Durch die Ausführungen des Antragstellers ist das Kampffeld völlig verschoben, der Antrag ist in eine ganz andere Perspektive gerückt worden. Wir sind damals ausgegangen von Kampf gegen die Syndikate. Jetzt hat sich die Front verändert. Wir sollen ein Gesetz gegen die Vaugesellschaften schaffen. Dazu haben wir nicht die geringste Neigung. Wie war denn das Ganze der Handlung? Bei der Ergänzung des § 85 merkten wir, daß auch der § 85a noch unvollkommen und mangelhaft sei, weil Kohlenfelder existieren, die nicht geöffnet werden, obwohl das öffentliche Interesse, das hier allein maßgebend sein muß, ihre Erschließung dringend verlangt. In dieser Beziehung wollen wir nun das Vergeseh vervollständigen. Der Mangel wurde von allen Seiten anerkannt. Dazu bedurfte es in der Tat keines fünfjährigen Nachdenkens. (Weiterkeit.) Wir haben uns bereit erklärt, an einer gesetzgeberischen Tätigkeit zur Beseitigung der Mängel teilzunehmen, die sich auf diesem Gebiete herausgestellt haben. Wir haben aber nicht daran gedacht, Gesellschaften ruinierten zu wollen, die sich unter dem Schutze des Gesetzes gebildet haben. Die Frist von 5 Monaten würde für viele Gesell-

schaften ruiniös sein. Nach meiner Ansicht sollte die Sperre nur auf ganz jungfräuliche Felder Anwendung finden, nicht auch auf solche Felder, die schon angebohrt sind. Ich denke, wir gehen möglichst bald an eine Revision des Vergesezes heran und lassen bis dahin höhren, wer höhren will. (Weiterkeit und Beifall.)

Abg. Herold (B.) hält es für zweifelhaft, ob der Antrag Camp die vorhandenen Mängel beseitigen könne, und erklärt sich mit der Ueberweisung des Antrages an eine Kommission einverstanden.

Abg. Dr. v. Weyna (fl.) hebt hervor, daß sich der Grundbesitzer in Hannover eine große Beunruhigung über den Antrag bemächtigt habe. Es handle sich bei dieser Frage um einen tiefen Eingriff in Privatrechte.

Minister Müller: Ich kann nur kurz und bündig erklären, daß es mir nicht einfällt, den Grundbesitz in Hannover irgendwie anzutasten.

Abg. v. Bodelberg (L.) erklärt sich mit der Kommissionsberatung des Antrages Camp einverstanden.

Die Debatte wird geschlossen, der Antrag Camp einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

### Achter Verbandstag der Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

In der weiteren Debatte über die Taktik bei Lohnbewegungen, nimmt u. a. der Vorsitzende des Bauerverbandes, Genosse Bömelburg, das Wort. Er weist die verschiedenen Redner, die mehr Lust zum Behrendt über diese Frage geäußert hätten, darauf hin, daß das gar nicht geschehen konnte. Ueber taktische Fragen lasse sich im voraus nicht reden. Die Taktik müsse, besonders im Baugewerbe, von Fall zu Fall entschieden werden. Bei großen Umständen sei es notwendig, daß vorher eingehende Erörterungen mit der Zentralleitung gepflogen werden. Wenn die Vorstände der einzelnen Filialen zusammenarbeiten, so sei das schon ein Stück Taktik. Diese Dinge haben eventuell mehr Wert, als bestausgeschickte Taktik. Redner schlägt: Sorgen wir dafür, daß das Freundschaftsverhältnis, wie es seit Jahren angeknüpft ist, noch ein besseres wird, daß schließlich die Organisationen des Baugewerbes nicht nur zentral, sondern auch in den einzelnen Orten gemeinsam arbeiten und es wird dann geschaffen, was man sich unter gemeinsamer Organisation denkt, mit dem einzigen Unterschied, daß man noch zwei verschiedene Leitungen, zwei verschiedene Zeitungen, zwei verschiedene Klassen hat. Die Unternehmer haben zwar in den letzten Jahre große Fortschritte gemacht. Aber diese Stärke, wie sie sich die Unternehmer getraut haben, haben sie nicht. Die Tarifverträge sind ein Zugeständnis an unsere Stärke, bei weitem kein Beweis der besseren Einsicht der Unternehmer.

Behrendt führt in seinem Schlußwort aus: Wenn er über Taktik keine Richtlinie gegeben habe, so sei das, wie schon Bömelburg ganz richtig ausgeführt, eben aus dem Grunde geschehen, weil die Frage der Taktik sich nicht in eine Schablone zwängen lasse. Deshalb werde er auch eine Resolution nicht empfehlen können. In Beziehung auf Tarifverträge betone er, daß er zwar auch für solche sei, aber nicht unter allen Umständen. Es gebe leider Tarifverträge, die mit vielem schädlichen Ballast besetzt seien, und nicht zur Nachahmung anreizen. Das sei vielfach die Schuld der Arbeiter selbst, die in ihrem Eifer, solche Verträge zu erlangen, Bestimmungen mit aufzunehmen müßten, die die Bewegungsfreiheit der Organisation hindern.

Ueber die Unterstüzungseinrichtungen des Verbandes

spricht Wahnke-Hamburg. Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Entwurf einer Zusatzklasse, der das Produkt einer Anregung des vorigen Verbandstages sei. Die zu der Angelegenheit vorliegenden Anträge beantragt Redner abzulehnen mit Ausnahme einer Anzahl Anträge des Vorstandes. Zu dem Entwurf sei das Material herangezogen worden, das die Baueure zu ihrer Unterstüzungskasse verwendet haben. Er hält die in dem Entwurf vorgeschlagenen Unterstüzungskasse als das äußerste dessen, was überhaupt geleistet werden könne. Es sind in dem Entwurf acht Vertragsklassen vorgesehen. Die wöchentliche Unterstüzung beträgt danach in der 1. Klasse 1,50 M., in der 8. Klasse 3,50 M. Die Unterstüzung soll vom achten Krankentage an gewährt werden, und zwar auf die Dauer von 12 Wochen und nur nach zurückgelegter zweijähriger Mitgliedschaft. Von zwei zu zwei Jahren sollen sich diese Sätze um je 30 Pf. erhöhen, bis zum Höchstbetrage von 3,50 M. in den ersten und 5,70 M. in der letzten Klasse. Für die Monate Dezember und Januar fällt die Unterstüzung weg. Redner hält aber auf eine Arbeitslosenunterstüzung abzielende Anträge, die hier mit vorliegen, für unzulässig. Das sei eine Frage, die erst nach Jahren spruchreif sei.

Die Debatte zeigt, daß die Vorlage bei den meisten Rednern keinen Anklang findet, teils weil sie als unzulänglich angesehen wird, teils weil man darin eine Gefährdung des Kampfcharakters der Organisation befürchtet. Ebenso wenig könne damit die Fluktuation, noch die Konkurrenz aufgehoben werden, die andere Organisationen unqualifizierter Arbeiter der Bauarbeiterorganisation machen. Für eine Arbeitslosenunterstüzung wäre wohl noch eher Neigung vorhanden.

Schließlich wird dazu folgende Resolution angenommen: „Der Verbandstag erkennt an, daß in der Vorlage des Verbandsvorstandes für eine Kranken-Zusatzklasse das enthalten ist, was nach Lage der Verhältnisse geboten werden könnte. Der Verbandstag erklärt aber, daß die Einführung dieser Unterstüzung nur ein Palliativmittel, das nicht entfernt dazu angetan ist, ein wirksames Kampfmittel der Organisation zu werden. Als solches betrachtet der Verbandstag einzig und allein die Erwerbslosenunterstüzung. Da aber die Einführung derselben noch erhebliche Schwierigkeiten entgegensehen, auch bisher keinerlei grundlegende Berechnungen möglich waren, so beauftragt er den Vorstand, seine Erwägungen fortzusetzen. Der Verbandstag erklärt es als eine Pflicht der Zahlstellen, die Maßnahmen des Vorstandes in dieser Sache zu fördern.“

Zum Punkt Masfeler

liegt folgende Resolution vor: „In der Arbeitstage am 1. Mai steht der Verbandstag die würdigste Feier des Tages. Jedoch kann es nicht Aufgabe des Verbandes sein, die Arbeitstage unter allen Umständen und unter Aufwendung von Mitteln aus der Verbandskasse zu erzwingen. Der Verbandstag erklärt sich deshalb mit den Beschlüssen des internationalen Kongresses und des sozialdemokratischen Parteitag einverstanden, die den Arbeitern die moralische Pflicht zur Begehung der Arbeitstage am 1. Mai auferlegen, überall dort, wo die Möglichkeit dafür vorhanden ist, und ersucht die Verbandsmittglieder, für die Beschlässe nach Kräften einzutreten.“

Löfner-Hamburg, Redakteur des Verbandsorgans, begründet die Resolution. So sehr auch die Bauhilfsarbeiter mit der sozialdemokratischen Partei als der einzigen Vertreterin der Arbeiterinteressen verbunden seien, so könnte er doch nicht dazu kommen, von den Verbandskollegen die Arbeitstage zu fordern. Jeder einzelnen Zahlstelle müsse es überlassen werden, ob sie die Voraussetzungen dazu für vorhanden ansieht. Redner beschwört die Zahmung der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Arbeiterorganisationen auf Jahre hinaus, wenn die Arbeitstage durchgeföhrt werden sollte. Bömelburg habe sogar den Ruin der Bauarbeiterorganisation in diesem Falle angenommen. Allerdings fänden sich auf den Parteitag auch aus den Kreisen der Gewerkschaften Personen, die der Masfeler das Wort redeten. Es seien also Meinungsverschiedenheiten vorhanden. Nach seiner Meinung sei die Masfeler nicht als erschlaffende Werbetrömmel zu betrachten, nicht als müßtergültige Demonstration zur Ausbreitung

der Arbeiterideen. Eine große Anzahl Berufe könnten überhaupt nicht an der Feier teilnehmen, und noch auf viele Jahre hinaus nicht, er erinnere hierbei nur an die Arbeiter im Verleihsdienste, an die kommunalen Arbeiter usw. Deshalb sei die Maifeier nur eine Halbfeier. Wenn man sie auf den Abend verlegt, so sei dem Grundgedanken der Maifeier ins Gesicht geschlagen. Er sei heute, nach 14 Jahren, zu der Ansicht gekommen, daß der Gedanke der Maifeier ein verfrühter gewesen. Da es aber verkehrt sei, sich in Gegenstand zu der Partei zu setzen, seien die Kollegen moralisch zu feiern verpflichtet überall da, wo sie in der Lage dazu sind. Das wolle die Resolution des Vorstandes bezwecken, jedoch aus dem, daß ein wirtschaftlicher Nachteil nicht durch die Organisation ausgeglichen werde. Sage man jedem Kollegen, daß er die Feier begehen solle, wenn ihm nichts in den Weg gelegt wird. Und handle man danach, dann haben wir dem Hamburger Kongress und dem letzten Parteitage Genüge getan. Die Gewerkschaften hätten andere Aufgaben zu erfüllen, als Mittel für diese Demonstration aufzubringen.

Hildebrandt ist prinzipiell für eine würdige Feier. Er steht auf dem Standpunkte, wer die Teilnahme an der Feier bloß von einer finanziellen Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst abhängig mache, kein wirklich Anhänger unserer Sache sei. Redner möchte der Resolution gern noch hinzugefügt haben, daß Gelder aus der Haupt- und den Lokalkassen für die Feiernden nicht aufgewandt werden dürfen.

Heidemann-Berlin hält es für selbstverständlich, daß sich die Gewerkschaften auf ihren Tagungen mit der Maifeier beschäftigen, zumal da die Feier nicht die Bedeutung erlangt habe, wie es wünschenswert sei. In Berlin seien es in der Hauptsache nur noch die Bauarbeiter, die die Maifeier begehen. Obwohl prinzipieller Anhänger der Feier, steht Redner doch auf dem Standpunkte, daß die Feier eine rein wirtschaftliche Frage für die Organisation bedeute, bezüglich deren er der Partei raten möchte, die Finger davon zu lassen. Er begrüße es lebhaft, daß der nächste Gewerkschaftskongress die Frage auf die Tagesordnung gesetzt habe. Er sei schon seit Jahren ein strikter Gegner der Unterstützung gewesen, die wegen der Begehung der Feier und wegen Maßnahmen dieserhalb geübt worden ist. Er verzichere, wenn der Gewerkschaftskongress gesprochen habe, werden auch die Berliner Bauarbeiter ihre Stellung zur Maifeier ändern. Sie hätten sich jetzt die durch die Maifeier notwendig gewordenen Opfer durch Extrasteuern aufgebracht. Er sehe es mit Freuden, wenn der Gewerkschaftskongress beschließen, daß von der Maifeier abzusehen sei.

Brandmohr-Bremen wendet sich gegen die Vorredner und verteidigt die Maifeier, wobei er namentlich das gesellschaftlich betriebene Gruseligmachen durch leitende Gewerkschaftsbeamte verurteilt.

Kuch Ahrns-Düsseldorf tritt entschieden für Hochhaltung der Maifeier ein. Sie erlobe die gesetzliche Arbeitszeitverkürzung. Ein durch einen Sieg einer Organisation erringener Vorteil sei nicht dauernd. Wenn man so fortschreibe, wie es jetzt Mode geworden sei, würde man schließlich das Vertrauen zu sich selbst verlieren, abgesehen von dem Gehöft der Gegner. Darum habe man früher nichts über die materiellen Opfer gesagt, obwohl sie weit höhere gewesen seien als jetzt.

## Aus der Partei.

### Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichten wir die Adressen der zurzeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen, jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals. Wir eruchen die Interessenten, uns in der Verköstigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressenänderung uns rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

- Arbeitersekretariate bestehen in:
- Aixenburg (S.-A.), Wallstr. 9 I.
  - Aitona, Große Bergstr. 204 I.
  - Barmen, Oberdörnerstr. 104.
  - Berlin SO., Engel-Ufer 15.
  - Bielefeld, Turnerstr. 45.
  - Böhlum, Wietzelhauserstr. 38-42.
  - Bremen, Theaterstr. 28 I.
  - Bremerhaven, Am Hafen 49.
  - Breslau, Messergasse 18/19 I.
  - Bromberg, Jakobstr. 17.
  - Cassel, Mühlengasse 30 I.
  - Darmstadt, Elisabethstr. 31.
  - Dortmund, L. Kampstr. 73 I.
  - Duisburg, Friedrich-Wilhelmstr. 76.
  - Düsseldorf, Bergemstr. 8.
  - Effen, Kirchstr. 18.
  - Forst i. L., Promenade 5.
  - Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
  - Hirth, Theaterstr. 19.
  - Gera, Hospitalstr. 21 I.
  - Gelsenkirchen, Vereinstr. 29.
  - Gotha, Erfurterstr. (altes Gerichtsgebäude).
  - Halle a. S., Geisstr. 21.
  - Hamburg, Gänsemarkt 35 II.
  - Hannau, Mühlstr. 2.
  - Hannover, Artilleriestr. 13.
  - Harburg a. Elbe, Erste Bergstr. 72.
  - Herteln, Lindenstr. 9.
  - Jena, Saalbahnhofstr. 3.
  - Kattowit, Rathausstr. 6.
  - Kiel, Gasstr. 24 parterre.
  - Koblenz, bei Kahlen, Nordstr. 2.
  - Kön a. Rh., Perlengraben 20 I.
  - Kronach, Kirchenplatz 74.
  - Landeshaute i. Schl., „Gasthof zur Sonne“, L.
  - Leipzig, Härtelstr. 12, part.
  - Ludenwalde, Neue Friedrichstr. 42.
  - Lübeck, Johannisstr. 46, part.
  - Lüdenscheid, Lautenstr. 7.
  - Magdeburg, Fürsten-Ufer 8 I.
  - Mannheim, S. 3, 10.
  - Meißen, Poststr. 4.
  - Mühlheim (Effen), Offenbacherstr. 2.
  - München, Vaaderstr. 1 I.
  - Neu-Ruppin, Klosterstr. 23.
  - Nürnberg, Eggenbühlplatz 22.
  - Oberhausen, Marktstr. 6.
  - Osnabrück, Große Hanfenstr. 9.
  - Storzheim, Weisenhausplatz 3.
  - Posen, Breitenstr. 21.
  - Redlinghausen, Hermerstr. 66.
  - Reimscheid, Köhlerstr. 18.
  - St. Johann bei Saarbrücken, Gassenstr. 7/8.
  - Stettin, Virens-Allee 34.
  - Striegau, Riganstraße.
  - Stuttgart, Ehingerstr. 17/19.
  - Waldenburg-Altwasser.
  - Wolgast, Raarbrückerstr. 17 I.
  - Würgau, Brücknerstr. 6 I.

Berlin, den 6. April 1905. Der Parteivorstand. Lindenstr. 60.

### Pölselliches, Gerichtliches usw.

Dokumente des Polizeistaates.  
Wir haben an dieser Stelle fast täglich über Dinge zu berichten, die für das Wesen des Polizeistaates charakteristisch sind. Zwei Themen jedoch, die von Zeit zu Zeit auftauchen, scheinen uns besonders kennzeichnend: nämlich das Tanzvergnügen und das Flugblattverbreiten am Sonntag. Man lasse nicht diese mehr oder minder harmlosen Tätigkeiten an sich, sondern die Nähe, die sich die Behörden und Gerichte des Polizeistaates damit machen.

Ob Flugblattverbreiten Arbeit sei und in der Folge was „Arbeit“ ist, darüber haben unsere Gerichte schon tausend tiefsinnige Thesen aufgestellt, zahllose Wogen Konzeptschreiber sind darüber vollgeschrieben worden, Polizeisten, Minister, Staatsanwälte, Gerichtsschreiber, Richter und Rechtsanwältle haben Tage, Wochen, Jahre damit totgeschlagen und obendrein den Angeklagten die Zeit damit gestohlen, und das einzig zu dem Zweck, die Verbreitung der Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter mit dem Scheine des Rechtes zu umgeben.

Ob ein Tanzvergnügen eine öffentliche oder nichtöffentliche Veranstaltung war: wie viel juristische Definitionskunst ist daran schon verwendet und wiederum Zeit und Kraft unnützlich damit vergeudet worden, einzig deswegen, weil der Polizeistaat für seine Grundbesitzer fürchtet, wenn ein ihm mißliebiger Verein ohne Polizeierlaubnis Tanzvergnügen genießen will. Vernünftigen Menschen muß das doch ungeheuer töricht erscheinen und für Menschen, die vom Polizeistaate nichts wissen, geradezu unbegreiflich. Ueber eine solche lächerliche Aktion, die wieder einmal drei Gerichtsinstanzen und eifrige Duzend Beamte unnützlich beschäftigt und gelehrte Auseinandersetzungen herbeigeführt hat, gibt der nachstehende Bericht Auskunft:

Die „Zahlfeststellung Altwasser“ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt im Lokal von Michaelis ein Vereinsvergnügen ab, zu dem geladene beziehungsweise eingeführte Gäste Zutritt erhielten. Als Gäste waren auch 10 Mitglieder des Ortsvereins Freiburg i. Schl. vom selben Verbande anwesend. Eine Erlaubnis der Polizei hatte man nicht eingeholt. Polizei und Staatsanwaltschaft haben indessen das Vergnügen als eine öffentliche Tanzlustbarkeit an, wozu eine polizeiliche Genehmigung erforderlich gewesen sei. Für die Nichterholung der Erlaubnis wurden der Gaststößbesitzer Michaelis und der Tischler Hermann Stolpe strafrechtlich verantwortlich gemacht. Der Staatsanwaltschaft hatten es besonders die vielen tausend Mitglieder des Holzarbeiterverbandes angetan. Mit fähigem juristischen Sprunge wolle sie schon daraus, daß der Ortsverein Altwasser zu diesem Riesenvergnügen gehört, herleiten, die Veranstaltungen des Ortsvereins müßten als öffentliche angesehen werden.

Das Landgericht Schweidnitz als Berufungsinstanz sprach jedoch die Angeklagten frei und führte zur Begründung unter anderem aus: In Betracht komme hier eine Regierungs-Polizeiverordnung von 1859, nach der strafbar sei, wer ohne schriftliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde eine öffentliche Tanzlustbarkeit abhalte. Eine öffentliche Lustbarkeit sei aber die in Frage stehende vom 10. Juli 1904 nicht gewesen, sondern eine von einer geschlossenen Gesellschaft abgehaltene. Nach einem zutreffenden Urteil des Kammergerichts vom 15. November 1900 verstöße man unter einer geschlossenen Gesellschaft einen nach außen hin geschlossenen Kreis von Personen, welche nach innen mit einander verbunden seien, und zwar könne diese innerliche Verbindung auf persönlichen Beziehungen beruhen, welche zwischen den Mitgliedern bereits beständen oder durch die Vereinigung hergestellt werden sollten, oder aber auch auf der Gemeinsamkeit des sachlichen Zwecks. Alle diese Merkmale seien bei dem Ortsverein Altwasser des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes gegeben, und auf der anderen Seite befänden hier keine besonderen Umstände, welche den Ortsverein nicht als eine geschlossene Gesellschaft erscheinen ließen. Er zähle nur 80 Mitglieder, so daß von einer übermäßigen Mitgliederzahl (die sich nach dem Kammergericht und Ober-Verwaltungsgericht nicht mit dem Begriff der Geschlossenheit verträglich — Der Richterfahler!) nicht die Rede sein könne. Rechtlich unerblicklich sei im vorliegenden Falle, daß der Ortsverein Altwasser zum Deutschen Holzarbeiter-Verbande gehöre, welcher Tausende von Mitgliedern umfasse, denn der Ortsverein Altwasser sei nach außen hin ein selbständiger Verein. Auch von einer zu lösen Organisation könne nicht die Rede sein, wie sich aus dem Statut des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ergebe. Mitglieder des Verbandes könnten nur Arbeiter und Arbeiterinnen der Holzindustrie und der dieser verwandten Gewerbe werden.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. In der Verhandlung vor dem Kammergericht am 6. April wurden die Angeklagten durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine vertreten. Mit seiner Ironie trat er der staatsanwaltlichen Auffassung entgegen, daß die große Mitgliederzahl des Gesamtverbandes eine Rolle spiele bei der Feststellung, ob das Vergnügen des Ortsvereins das einer geschlossenen Gesellschaft oder ein öffentliches gewesen sei. Er bezog sich weiter auf einen Zirkularerlaß des Ministers vom Jahre 1860. Danach sollten als öffentliche Tanzlustbarkeiten nur die betraachtet werden, wo die Gesellschaft allein zu dem Zwecke der Veranstaltung des Tanzvergnügens zusammengetrete, nicht aber die Tanzlustbarkeit einer Gesellschaft (eines Vereins), die anderen Zwecken diene und neben deren Verfolgung auch mal eine Tanzlustbarkeit für ihre Mitglieder und eingeladene Gäste veranstalte, gleichgültig, ob Eintrittsgeld erhoben werde oder nicht. — Zweifellos sei hier das Vereinsvergnügen nicht als öffentliche Tanzlustbarkeit anzusehen.

Das Kammergericht verworft denn auch am 6. April die Revision der Staatsanwaltschaft und führte aus: Es sei vom Vorderrichter ohne Rechtsirrtum die Veranstaltung einer geschlossenen Gesellschaft angenommen worden. Es wäre hier unerheblich, ob die Zahlfeststellung einem größeren Verbände angehörte; entscheidend sei, daß die Zahlfeststellung an sich ein geschlossenes Vergnügen abhalte. So rechtfertige sich die Freisprechung. Der Gastwirt, der dem Veranstaltung, dem Verein, den Saal abtrat, wäre übrigens schon freizusprechen, weil er nicht als Veranstalter gelten könne, die hier in Betracht kommende Verordnung von 1859 aber nur die Veranstalter (die Abhalter) betreffe.

## Dompropst Malzi vor Gericht.

Wainz, 6. April.  
Ein Prozeß, der mit Rücksicht auf die Verantwortlichkeit des Angeklagten ein weitgehendes Interesse erregt, findet heute vor der zweiten Strafkammer des großherzoglichen Landgerichts statt. Wir teilen bereits mit, daß vor einiger Zeit der Wormser Dompropst Malzi unter dem Verdacht, mit seinen Religions-Schülerinnen strafbare Dinge vorgekommen und sie mißhandelt zu haben, verhaftet wurde. Nach einiger Zeit wurde der Propst gegen eine Sicherheitsleistung von 10 000 M. entlassen. Er hat sich heute wegen Sittlichkeitsverbrechen, vorsätzlicher Körperverletzung in idealer Konkurrenz mit Nötigung zu verantworten.

Nach längerer Beratung des Gerichtshofes verkündet der Vorsitzende: Der Gerichtshof habe beschlossen, die Oeffentlichkeit auszuschließen.

Auf Antrag beschließt der Gerichtshof, den Vertretern der Presse den Zutritt zu gestatten.

Vernachung des Angeklagten.  
Der Angeklagte erklärt auf Befragen des Vorsitzenden: Er sei vollständig unschuldig. Es sei seine Pflicht als Seelsorger und Religionslehrer, darüber zu wachen, daß seine Schüler und Schülerinnen nicht unzüchtige Dinge begehen. Es sei ihm aber von glaubwürdiger Seite mitgeteilt worden, daß zwei seiner Schülerinnen mit einem seiner Religionschüler, einem vierzehnjährigen Anaben, Unzucht treiben. Er habe deshalb die Mädchen in energischer Weise zur Rede gestellt. Da sie beharrlich leugneten, habe er den Anaben zu sich in die Kirche bestellt. Dieser habe ebenfalls gelugnet. Nachdem er ihm aber ein paar Ohrfeigen gegeben, habe er alles zugestanden. Er habe alsdann dem Anaben genötigt, seine Aussage nach Diktat niederzuschreiben, um dadurch die Mädchen zu einem Geständnis zu bewegen. Letztere haben schließlich nach längerem Weigern das Diktat durch Unterschrift bestätigt. Nach geschener Unterschrift habe Katharina Zimmermann gesagt: wir haben wohl unterschrieben, es ist aber alles erlogen. Daraufhin habe er dem Mädchen ein paar Ohrfeigen gegeben. Die Grenzen des ihm zustehenden Zuchtigungsrechtes habe er aber nicht überschritten.

Es wird darauf der jetzt 15jährige Handlungslehrling Franz Werner als Zeuge ausgerufen. Er bestritt, mit den beiden

Mädchen Ungehörigkeiten begangen zu haben. Da er vom Propst zur Rede gestellt, dies bestritten, habe ihn der Propst geohrfeigt und ihn genötigt, ein Schriftstück zu unterschreiben. Er wisse aber nicht, was er unterschrieben habe.

Kerztliches Gutachten über die Mißhandlungen.  
Es erscheint darnach als Zeuge Kreis-Ärztensarzt Dr. Fresenius: Einem Tage kam Schuhmacher Zimmermann zu mir mit seiner Tochter und sagte: seine Tochter sei vom Dompropst heftig geschlagen worden, weil das Mädchen ein ihr vorgelegtes Schriftstück nicht habe unterschreiben wollen. Er möchte gerne seine Tochter aus dem Schulunterricht von dem Dompropst befreien. Er habe das Mädchen untersucht und dem Mann den Rat gegeben, entweder bei der Staatsanwaltschaft oder der Kreis-Schulkommission Anzeige zu erstatten. — Es wird danach das von dem Zeugen angestellte Attest vorgelesen. Danach hat der Zeuge die kleine Zimmermann am 20. Januar 1905 untersucht. Nach dem Befund sind das Mädchen einen sehr heftigen Schlag auf den Kopf erhalten haben, so daß sie über das Sofa hinüber mit dem Kopf an die Wand geprallt sei. Das Mädchen habe, obwohl die Mißhandlung am 17. Januar stattgefunden, noch am 20. Januar sehr heftige Kopfschmerzen gehabt. Durch die Ohrfeigen seien dem Kinde die Ohrringe herausgefallen. Die Ohrmuscheln seien grün und blau unterlaufen und die angeschwollen gewesen. Die Verletzungen entsprächen vollständig den Angaben über die Mißhandlungen.

### Gebetversammlungen für die Freisprechung.

Oberstaatsanwalt: Ist es richtig, daß in jüngster Zeit mehrfach Gebetversammlungen für Freisprechung des Dompropstes Malzi stattgefunden haben? — Zeuge: Jawohl. — Oberstaatsanwalt: Demnach scheint man in der Wormser katholischen Gemeinde nicht an die Schuld des Dompropstes zu glauben? — Polizeikommissar Fischer-Worms: So ist es.

Unter allgemeiner Spannung erscheint danach Katharina Zimmermann als Zeugin.

Sie ist ein sehr hübsches, kleines Mädchen. Sie gibt auf Befragen des Vorsitzenden an: Sie sei am 28. Februar 1891 geboren und sei die Tochter des Schuhmachers Zimmermann. Die Zeugin befindet: Der Propst habe sie alsdann gefragt, ob ihr bekannt sei, daß Werner mit der Hedwig Schmidt verkehrt habe. Sie habe das auch verneint. Darauf habe der Propst gesagt: Gesehe, daß Du mit Werner verkehrt hast, Werner hat es bereits gefanden und unterschrieben. Wenn Du nicht gestest, Du Henschlerin, dann kommst Du ins Gefängnis oder in eine Besserungsanstalt, in der Du bis zu Deinem 20. Lebensjahr bleiben mußt. Sie habe geantwortet: Das Werner gesagt hat, ist nicht wahr. Dabei habe sie geweint. Darauf habe der Propst sie aufgefordert, das Zimmer zu verlassen und die Hedwig Schmidt vernommen. Nach einiger Zeit habe er sie wieder herangerufen und sie wiederum aufgefordert, zu gestehen und den Zettel zu unterschreiben, den Werner schon unterschrieben habe. Sie habe nach längerem Weigern schließlich unterschrieben, zumal der Propst sagte: die Schmidt habe eingestanden und auch den Zettel unterschrieben. Als sie unterschrieben hatte, habe sie gesagt: Ich habe unterschrieben, aber es ist gelogen. Daraufhin habe der Propst sie heftig auf den Kopf geschlagen. Alsdann habe der Propst die Schmidt hinausgeschickt, sie an sich gezogen und sie gefragt: Habe ich Dir wehe getan? Als sie dies verneinte, habe sie der Propst zweimal gefült. Alsdann habe er sie angefaßt, sie auf das Sofa gelegt und gesagt: Jetzt tuß Du mit mir, was Du mit Werner getan hast. (Große Bewegung.) Sie habe gemeint, den Propst abgewehrt und gesagt: Das tue ich nicht. Alsdann habe er die Schmidt ins Zimmer gerufen, habe beide auf die Erde gelegt und gesagt: Nun macht mit mir, was ihr mit Werner gemacht habt. Sie wehrten beide ab. Da sagte der Propst: Mit Werner tun sie es, mit mir genieren sie sich. Daraufhin habe der Propst beide Mädchen unzüchtig behührt. Alsdann habe er beide aufgefordert, zu unterschreiben, daß er nichts Unrechtes mit ihnen begangen habe. — Vors.: Ist das auch alles vollständig wahr? — Zeugin: Jawohl.

Vors.: Empfangst Du das, was der Propst mit Dir vornehmen wollte, als eine Schweinerei? — Zeugin: Jawohl. — Die Zeugin muß nun eingehend eine gewisse Situation beschreiben. Die Wiedergabe derselben muß aus Sittlichkeitsgründen unterbleiben.

Gegen 8½ Uhr abends wird die Verhandlung auf Freitag vor-mittag 8 Uhr vertagt.

Wasserstand am 6. April. Elbe bei Kuffe + 2,16 Meter, bei Dresden + 0,70 Meter, bei Ragdeburg + 3,22 Meter. — Unkeut bei Braunschweig + 2,55 Meter. — Ober bei Rathbor + 2,42 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,27 Meter, bei Breslau Unter-Regel + 0,50 Meter, bei Frankfurt + 2,15 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 4,38 Meter. — Warthe bei Posen + 1,54 Meter.

## Genossinnen! Genossen!

Montag, den 10. April, abends 8 Uhr, in der Patzenhofer Brauerei (früher Ahrens), Lurstr. 25/26: **Oeffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Der Berliner Kinderertrag oder wie das Bürgertum Kinderertrag treibt. Referent: Luise Ziets-Hamburg. 2. Diskussion.  
Am Dienstag, den 11. April, abends 8 Uhr, spricht Genossin Ziets über dasselbe Thema bei Alichem, Hakenstraße.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

1/4 Die Vertrauensperson.

Orts-Krankenkasse Boxhagen - Rummelsburg.

Donnerstag, den 20. April er., abends 8½ Uhr, im Lokale der Ww. Weigel, Ede Lär-Schmidt- und Goethestraße:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht.  
2. Bericht der Revisorin.  
3. Beschlüsse.  
Die Einladungskarte legitimiert.  
Der Vorstand.  
Z. A.: Buddha.

Bruch - Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradhaltenen, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.  
Eigne Werkstatt.  
Liefer. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen  
Berlin C.,  
30. Finien-Str. 30.  
NB. Alle Bruchhänder mit elastischen Belfotten, angenehm und weich am Körper. 25722

Kranz- u. Blumenbinderei  
von H. Eckert,  
98. Köttbuser Damm 98.

Unerreicht billige Reste

für Herren-Anzüge, Paletots, Hosen, Damen-Kostüme, Damen-Tuche.

Fabrik-Niederlage An der Schleuse 8 part.

Nebenstraße des Schloßplatzes.  
Kein Laden! Sonntag geöffnet!

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige Herren-Garderoben.  
Erstatt für Maß.

Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister,  
Große Frankfurter-Str. 37, II. Eingang Strausberger Platz.

# Stukkateure.

Montag, 10. April, pünktlich abends 8 Uhr, in Dräfels Festsälen, Neue Friedrichstr. 35:

## Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 173/12\*

1. Anwesenheitsfeststellung der vertretenen Werkstellen. 2. Wie verhalten wir uns zur Antwort der Unternehmer auf unsere diesjährigen Tarifwünsche? 3. Zustimmung über die Vertretung des Verbandes auf dem Gewerkschaftstagg (Eintrag des Hauptvorstandes). 4. Verschiedenes.
- Vertretung jeder Werkstätte und Anwesenheit aller Kollegen ist Ehrensache! Eintritt, auch der Mitglieder des Lokalvereins, nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.  
Die Ortsverwaltung der Filiale Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure Deutschlands.

## Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 9. April, vormittags 10 Uhr:

## Versammlung der Gürtel- u. Galanterie-Arbeiter

in Graumanns Festsälen, Raunynstr. 27.

Tages-Ordnung:

1. Die Bekanntgabe der Verhandlungen vor dem Gewerbegericht.
2. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet  
Die Lohnkommission. 156/10

## Orts-Krankenkasse der Vergolder

und Berufsge nossen.

## Ordentliche General-Versammlung

der Delegierten am Montag, den 17. April 1905, abends 8 Uhr.

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, Saal V.

Tages-Ordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1904.
2. Wahl der Krankenbesucher.
3. Verschiedenes.

NB. Der Jahresbericht für 1904 ist erschienen und werden die Delegierten gebeten, dafür zu sorgen, daß jedes Mitglied ein Exemplar erhält. Derselbe kann im Kassensaal von 8 bis 1 Uhr in Empfang genommen werden.

Der Vorstand:  
H. Hildebrandt, J. Assmann, Vorsitzender, Schriftführer.

# Verein der Zimmerer Berlins u. Umg.

Alle in Berlin und den Vororten arbeitenden Zimmerer machen wir darauf aufmerksam, daß durch Vertrag mit dem Verband der Baugeschäfte Berlins und der Vororte der Stundenlohn vom Sonnabend, den 1. April an 73 Pf. beträgt. Wo diese Auszahlung nicht erfolgen sollte, ist unverzüglich unserem Bureau Dragonerstr. 15 Mitteilung zu machen.  
Fernsprecher: Amt III, 5628. 257/14  
Der Vorstand.

## Orts-Krankenkasse d. Buchbinder u. verw. Gewerbe.

Dienstag, den 18. April, abds. 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

## Ordentliche General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.

Tages-Ordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1904.
2. Aenderungliche Regelung der Krankenkasse.
3. Verschiedenes.

Um zahlreichere Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Bornh. Jost, Georg Bähler, Vorsitzender, Schriftführer.

NB. Der Jahresbericht für 1904 ist erschienen und im Kassensaal in Empfang zu nehmen. D. C.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 31. Amt IV, 8353.

## Achtung! Metallarbeiter Rixdorfs u. Umgegend.

Montag, den 10. April, abends 8 Uhr:

## Öffentliche Versammlung

im Lokal von H. Thiel, Rixdorf, Bergstr. 151-152.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen G. Link über: „Die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung“.
2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht aller beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der im Bezirk Rixdorf belegenen Betriebe, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
114/17 Die Ortsverwaltung.

## Restaurations zur Radfahrer-Börse,

Schilling-Strasse 24.

Am Sonnabend wird mein Lokal eingeweiht. Dazu lade ich ein alle Freunde, Bekannte und Genossen von weit und breit. Wer kommt willkommen ist und gern gesehen. Wer nicht kommt, spart das Kommen und das Gehen.

Extra-Einladungen ergehen nicht.  
Einen genussreichen Abend versprechend zeichne mit Hochachtung  
Leo Ostrowski, Schantwirt, Schillingstr. 24.

## Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.

Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumenarrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert

## Möbel

ganze Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter, gediegener Arbeit empfiehlt [30702]  
Wilh. Lambrecht, Berlin SW., Simeonstrasse 10, Verlangen Sie, bitte, illustr. Preisliste. an der Alten Jakobstraße.



Nur Rosenthalerstr. 53 u. Weinmeisterstr. Ecke!

Einzigstes Geschäft Deutschlands dieser Art!

# Es ist Zeit, daß wir erwachen Bürger

Groß-Berlins und Umgegend!

Sine große wirtschaftliche Frage zu lösen ist nun endlich gelungen und zwar: Wie und auf welche Weise kann man dem Publikum beim Einkauf von

## Herren- und Knaben-Garderoben

noch nie dagewesene Vorteile bieten!

Wir haben Rosenthalerstr. 53, Ecke Weinmeisterstr.

nach amerikanischem Stil und System ein Geschäft von Herren-, Knaben-Garderoben u. Arbeiter-Berufskleidung eröffnet unter der Firma

## Amerikanische Verkaufshallen.

Welche Vorteile bieten wir? Vor allem dem wenig begüterten Publikum?

Für wenig Geld dementsprechend gute, haltbare Sachen zu liefern, damit dieselben nicht nötig haben getragene Kleidung zu kaufen, wofür man befürchten muß, Krankheiten in sich aufzunehmen.

Worin liegt die strenge Reellität! - In unserer Geschäftshandhabung!

Bei der heutigen Zeit, wo der Lebensunterhalt fast unerschwinglich ist, will und muß jedermann sparen! Wir haben daher einen Serien-Verkauf nach amerikanischem System eingerichtet, so übersichtlich, daß jeder Kunde, welcher uns beehrt, fast imstande ist, sich selbst bedienen zu können, auch sind außerdem die Preise auf jedem Gegenstand aufgedruckt.

Geben Sie Nichts auf marktschreierische Reklame und Inserate, in denen viel versprochen und wenig gehalten wird, sondern kaufen Sie nur in Geschäften, welche das, was sie ankündigen, auch halten. Das sind die

## Amerikanischen Verkaufshallen

Rosenthaler Straße 53, Ecke Weinmeister-Strasse

Auf der Höhe der Zeit stehen die Leistungen, welche die Amerikanischen Verkaufshallen als einzigstes Geschäft dieser Art in Deutschland aufweisen. Jedermann soll, auch ohne kaufen zu wollen, sich von den Tatsachen, der enormen Billigkeit, sowie guten, erprobten Qualitäten unserer Garderoben überzeugen und er wird ständiger Kunde werden.

Als Beispiel führen wir an:

Serie 242, der Herren-Anzug	13,50 M.	Serie 428, der Knaben-Anzug	1,85 M.
" 306, der Herren-Paletot	11,25 "	" 511, das Herren-Beinkleid	2,65 "
" 371, der Gehrock-Anzug	19,75 "	" 600, die Radfahrer-Hose	2,90 "
" 392, der Jünglings-Anzug	6,25 "	" 619, die Pique-Weste	1,75 "
" 152, der Maß-Paletot mit Anproben	24,75 "	" 191, das Maß-Beinkleid	8,25 "
Serie 110, der Maß-Anzug, modernste Stoffe, mit Anproben	28,50 M.		

Sämtliche Arbeiter- und Berufskleidung in riesiger Auswahl, in Ausführung zu außergewöhnlich billigen Preisen. Unsere Preise sind streng fest und an jedem Etikett mit deutlichen Zahlen gedruckt. In der ersten Woche unserer Geschäftseröffnung erhält jed. Kauf. eine schöne Kleiderbürste gratis

Verlangen Sie bei jedem Einkauf stets Rabatt-Marken vom Sparverein „Norden“.

## Amerikanische Verkaufshallen

Rosenthalerstr. 53, Ecke Weinmeisterstraße.

Beachten Sie die in unseren 6 Schaufenstern ausgelegten Serien u. Preise. Um Irrtümer zu vermeiden, bitten wir, genau auf die Firma zu achten! Straßbahngeld wird vergütet. Nachdruck verboten. - Alle Rechte vorbehalten.

Irren Sie sich nicht, achten Sie auf No. 53!

Unser System schützt Sie vor Uebervorteilung, somit strenge reelle Bedienung!



# Agitations-Kalender.

## Militärische Lebensrettung.

Für diese von Sr. Excellenz dem Herrn Kriegsminister gewünschte und bereitwilligst eingeführte neue Rubrik ladet Kriegsbereine zur fleißigen Mitarbeit höchlich ein  
Der Kalendermacher.

## Vom herrlichen Kriegsheer.

### Januar.

- 8. Sergeant Happe vom 23. Infanterie-Regiment in Landau wegen über 100 Mißhandlungsfällen 4 Monate Gefängnis. Sergeant Berneth wegen 45 Fällen 2 Monate 20 Tage. Die Verurteilung des Gerichtsherrn wegen Nichtverhängung von Degradation wird verworfen.
- 5. Ein Bild aus der Festung Ehrenbreitstein stellt den Totschläger Hüßener bei frühlichem Gelage dar.
- 6. Bürgerliche Blätter melden die Bildung eines „freiwilligen Automobilkorps“, einer Filiale des Deutschen Automobilklubs.
- 12. Der Russe Stöfel, Verteidiger Port Arthurs, und der Japaner Rogi, der Eroberer der Festung, erhalten beide den Orden „Pour le mérito“.
- 12. Wizefeldwebel Gott vom 79. Infanterie-Regiment in Hildesheim wegen Mißhandlung in zahlreichen Fällen sechs Wochen gelinden Arrest.
- 15. Das Dessauer Justizhandurteil in Magdeburg auf je 1 1/2 Jahre Gefängnis herabgemindert.
- 16. Unteroffizier Rehbock vom 106. Infanterie-Regiment, der die Mannschaften mit gefalteten Händen vor sich knien ließ und sie schwer mißhandelte, fünf Jahre Gefängnis und Degradation.
- 19. Gefreiter Mieschen vom 103. Infanterie-Regiment, der den Musiker Hück durch Mißhandlung zum Selbstmord getrieben, in Kiel drei Wochen Mittelarrest.
- 20. Sattlermeister Oeymann, der sich wegen nachgewiesener fämmerer Mißhandlung seines kranken Bruders beim Kriegsminister brieflich beschwert hat, benutzigt und in Flensburg auf 100 M. Geldstrafe verurteilt.
- 21. Ein Unteroffizier in Dresden wegen Mißhandlung 7 Tage gelinden Arrest. Die Verurteilung erfolgt eigentlich nur wegen vorschriftswidriger Behandlung (der Angeklagte hatte sein Opfer am Hals gedrückt, bis es blutete), da er sonst nicht weiter kapitulieren konnte.
- 21. Ein Soldat, der, weil er einen kranken Hals hatte, den Kopf nach Kommando nicht genügend wendete, in Dresden 43 Tage Gefängnis.
- 27. Unteroffizier Becher vom 71. Infanterie-Regiment und fünf Musiker wegen gemeinschaftlicher an einem freiwilligen begangener Körperverletzung in Erfurt 3 Tage Haft bis 5 Wochen Mittelarrest.

### Februar.

- 1. Hauptmann v. Krause vom 176. Infanterie-Regiment in Thorn wegen Mißhandlung und Verhinderung einer Verurteilung 4 Wochen 3 Tage Stubenarrest.
- 5. Leutnant Scharfsteiner vom 118. Infanterie-Regiment wegen Mißhandlung 14 Tage Stubenarrest.
- 10. Unteroffizier Hahnelt vom 4. Garde-Infanterie-Regiment in Berlin wegen Mißhandlung 14 Tage gelinden Arrest.
- 10. Unteroffizier Reulich vom 10. Infanterie-Regiment in Düsseldorf wegen Mißhandlung und Unterdrückung 7 Monate Gefängnis.
- 14. Sergeant Stänkel vom 79. Infanterie-Regiment in Hildesheim für fünf Fälle, wo er Soldaten mit einem Rohrstoß geprügelte, 14 Tage Mittelarrest.
- 14. Sergeant Verke vom 79. Infanterie-Regiment in Hildesheim hat einen Rekruten mindestens zehnmal mit Ohrfeigen traktiert, ihm eine Knochenhautentzündung verursacht und auch andere Soldaten mißhandelt. Im ganzen 15 Fälle. Urteil 3 Wochen Mittelarrest, weil es schon lange her und Verke Chinakämpfer sei.
- 17. Rekrut Schröder vom 70. Infanterie-Regiment in Saarbrücken begeht Selbstmord. Ursache: fortgesetzte Mißhandlungen.
- 18. Von den 600 000 aktiven Militärpersonen sind mit einer Verurteilung bis zur obersten Instanz gegangen 45. Davon haben recht bekommen ganze zwei Mann, 35 wurden abgewiesen, drei blieben ohne Entscheidung, fünf blieben liegen.
- 18. Unteroffizier Marx vom 101. Infanterie-Regiment in Ulm befiehlt bei der Schließung eines Rekruten auf einen Mann zu schießen, der schwer an der Schulter verletzt wird. Marx 45 Tage Gefängnis, der Rekrut freigesprochen.
- 19. Weil er einen Kanonier mit dem Fuße in die Hüfte getreten hat, wird der Oberleutnant und Regimentskommandeur v. Nagowski vom Artillerieregiment Nr. 19 in Erfurt vom Brigadekommandeur auf 48 Stunden Stubenarrest verurteilt!
- 21. Unteroffizier Gottschall vom Garde-Jäger-Regiment in Berlin hat einen Mann mit dem Rufe: „Hund, ich steche Dich tot“ mit dem Seitengewehr in die Brust gestochen. Acht Tage Mittelarrest. Der militärische Verteidiger meint, es handele sich nur um einen Scherz seitens des Angeklagten, im schlimmsten Falle aber nur um ein äbel angebrachtes Erziehungsmittel; gerade so wie man ein Pferd mit der Peitsche behandelt, um Erfolge zu erzielen, hätte auch der Angeklagte das Seitengewehr gezogen.
- 23. Drei Mann vom 15. Manenregiment in Saarburg, die im Wirtshaus mit einer gleichfalls nicht ganz nüchternen Patronne in eine Keilerei gerieten, wobei niemand verletzt wurde: 5 Jahre 1 Monat Zuchthaus, 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Gefängnis. Fünf Angeklagte freigesprochen. Beantwagt waren im ganzen 10 1/2 Jahre Zuchthaus und 35 Jahre Gefängnis.
- 28. Leutnant der Landwehr v. Klügel und Stabsarzt Witten-dorf in Berlin wegen Duells 6 und 8 Monate Festung. Ausschluß der Öffentlichkeit.
- 28. Unteroffizier Heidebrück und Feldwebel Hüter vom Alexander-Garderegiment in Berlin wegen Mißhandlung eines Untergebenen 8 Tage Mittelarrest, resp. wegen Mißhandlung in 23 Fällen zwei Monate Gefängnis. Ausschluß der Öffentlichkeit auch bei der Urteilsbegründung. Die Mißhandlungen sind vom Vater eines entlassenen Soldaten aufgedeckt worden, dem das Tagebuch seines Sohnes in die Hände geriet.
- 28. Rentner Bogenez bei Reg von einem Militärposten erschossen.

### März.

- 7. Zwei Grenadiere vom 12. Grenadier-Regiment in Frankfurt a. O. wegen Achtungsverletzung und Beharrens im Angehorsam 2 Jahre und 2 Jahre 10 Monate Gefängnis unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Obergerichtsgericht des 8. Armeekorps schließt die Öffentlichkeit überhaupt so häufig aus, daß sie vollkommen auszuhalten droht.
- 11. Das Obergerichtsgericht verurteilt Unteroffizier Gottschall vom Garde-Jäger-Regiment (Siehe oben) zu vier Wochen Mittelarrest.
- 14. Ein Leutnant der Infanterie in Rürnberg schlägt nach einem zehnjährigen Jungen, der sein Kommando nachläßt, mit dem Säbel und verlegt ihn an der Stirn. Der Mutter will er einen Thaler als Schmerzensgeld geben. Es wird Anzeige erstattet.
- 17. Major v. Sdhovs-Draunschwitz ist wegen Mißhandlung seines Kindes zu vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt worden. Das Obergerichtsgericht setzt die Strafe auf 300 M. Geldstrafe herab.

- 24. Offiziere in Brandenburg a. H., von einem Liebesmahl heimkehrend, verüben nächtliche Exzesse und stürmen mit der Waffe in der Hand gegen die sich ansammelnden Zuschauer los. Ein Fähnrich wird vom Publikum entworfen.
- 25. Reserveoffizier Koppel in Thorn, der als Musiker in der Truppenmusik einer Unteroffizier angerechnet wird vom Obergerichtsgericht zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Kriegsgericht hatte auf 8 Jahre erkannt.
- 27. Unteroffizier Elmer vom 10. Fufartillerie-Regiment in Strahburg wegen schwerer Mißhandlungen unter Anklage gestellt.
- 29. Musiker Sandner in Hamburg der verurteilten Selbstverurteilung angeklagt. Das Gericht spricht ihn frei, weil Selbstmordver Versuch, nicht Selbstverurteilung vorliegt. Den Selbstmordver Versuch hat Sandner unternommen, um den Reinigungsdes Unteroffiziers Meißt zu entgehen, der wegen Mißhandlung und Diebstahl zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist.
- 30. Leutnant Graf Blüthum v. Edstädt, Kommande des gleichnamigen Kommandierenden Generals, in Leipzig hat einen Soldaten beim Turnen mit den Worten „Wißt Du wohl herunter, verfluchter Bengel“, vom Quercornbaum gerissen, so daß er einen Arm brach! 14 Tage Stubenarrest.

## Koloniales.

### Januar.

- 1. Soldatenbrief: „Es werden keine Gefangenen mehr gemacht; jeder männliche Herero wird erschossen.“
- 6. Ein Offiziersbrief in der „Tägl. Rundschau“ schildert die „Reize“ der Jagd auf Hereros, die, ohne sich zu wehren, die Flucht ergreifen. „Gut Angezogene werden mitgenommen, um angefragt zu werden; mit den anderen wird kurzer Prozeß gemacht.“
- 7. In Deutsch-Ostafrika ist 1903 in 50 Fällen Todesstrafe, in 2494 Fällen Prügelstrafe über Eingeborene verhängt worden. In Kamerun kam auf je 30 Weiße ein Verurteilter (meist Körperverletzung).
- 22. Offiziersbrief in der „Rhein-Weist. Zeitung“: „Hier geschah es, daß ich auf einem Pirschgang statt eines Bodes einen Herero zur Strecke brachte.“ Die umherschweifenden Hereros seien vielfach keine Aufständischen und hätten keine Waffen, „wir können da aber keinen Unterschied machen.“
- 27. Soldatenbrief: „Wehe ihnen, wenn sie in unsere Hände geraten. Weder Weib noch Junge wird verschont... Oberst Däumling konnte 75 Gefangene machen, hat sie aber alle niedergeschossen. Das Kind im Mutterleib darf man nicht schonen.“

### März.

- 12. Die Verluste der südafrikanischen Schutztruppe werden im Durchschnitt für je zwei Monate auf 200 bis 250 Mann berechnet.
- 21. Zur Bewältigung des Aufstandes werden abermals 61 Millionen gefordert.

## Unsere Richter und Staatsanwälte.

### Januar.

- 4. Amtsvorsteher Gldner in Priornau wegen Verprügelung eines kontraktbrüchigen Anechts 30 M. Geldstrafe.
- 5. Zeugniszwangsverfahren gegen Redakteur Stärke in Detmold.
- 7. Die Revision des Fassbinders Nache, der, von der Mehrzahl der Sachverständigen für geisteskrank erklärt, zu 6 Jahren Zuchthaus in Berlin verurteilt worden ist, verworfen.
- 8. Der polnische Redakteur Kalowski ist während mehrjähriger Gefängnisstrafe in Wronko mit Stumpfschwüren beschäftigt worden. Haar und Bart wurden ihm lahl abgehauen.
- 8. Der Sekretär des Arbeitsnachweises der Holzindustriellen, Meineke in Berlin, hat einen Streikposten verprügelt. Gegen den Streikposten stellt der Staatsanwalt Strafantrag wegen Hausfriedensbruch. Preispruch.
- 10. Wegen Verurteilung zweier Polizeibeamter in Charlottenburg (Mißhandlung eines Arbeiters auf der Wachtstube) legt der Staatsanwalt Revision ein.
- 13. Graf Päder, den die Polizei, weil er irrsinnig sei, nicht reden läßt, in Berlin zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.
- 14. Redakteur Genosse Quint-Frankfurt a. M. 30 M. Geldstrafe, weil er das Verbalten eines Bürgermeisters in Sachen der Armenpflege „sinnlos“ genannt hatte.
- 17. Neun Jahre, zwei Monate, zwei Wochen und ein Tag Gefängnis sowie 1070 M. Geldstrafen wurden im Dezember über diejenigen verhängt, die nach Ansicht der Richter im Kampfe für die Rechte und Interessen der Arbeiter mit den Strafsparagrafen deutscher Gesetze in Konflikt gekommen sind.
- 18. „Wenn Du Dein Verbandsbuch nicht in Ordnung hast, werden wir Dich bei den Schweinsohren kriegen.“ In Berlin: Erpressung. Ein Monat Gefängnis.
- 19. 22 junge Mädchen und Mädchen von 17—24 Jahren in Gleiwitz wegen polnischer Geheimhandels Gefängnisstrafen von einem Tage bis einem Monat.
- 19. Streikposten in Köln Geldstrafe wegen Nichtfolgeleistung.
- 20. Ein Bauarbeiter in Bremen wegen „Aufruhrs“ (Widerstand gegen Polizeistellen) sechs Monate Gefängnis. Ein Tumult war entstanden, weil Bauunternehmer einen Arbeiter schwer mißhandelt hatten. Dafür erhielten sie 20 M. Geldstrafe.
- 22. Ein Arbeitswilliger in Magdeburg, der Streikende Lumpen genannt hat, erhält dafür eine Ohrfeige. Der Staatsanwalt beantragt gegen den Attentäter 5 Monate Gefängnis. Mit dem Anbdruck Lumpen sei niemand beleidigt worden, da man Besitzlose gemeinhin als Lumpen bezeichne. Urteil: 6 Wochen Gefängnis.
- 22. Ein Maurer in Forst wegen angeblicher Beleidigung eines Arbeitswilligen vom Schöffengericht 1 Monat Gefängnis. Preispruch durch die Strafkammer, da der Beleidigte als notorischer Trunkenbold ein unzuverlässiger Zeuge sei.
- 22. „Sie sind ein schäbiger Ehrenmann! Sie sollten sich vor Ihren Kindern schämen!“ zu einem Arbeitswilligen gesprochen in Berlin aus §§ 188 W.-O. eine Woche Gefängnis.
- 25. Ein Arbeiter in Halle wegen Angriff auf einen Arbeitswilligen 8 Monate Gefängnis.
- 26. Redakteur Kuegg in Berlin wegen Abdrucks zweier Artikel (wovon einer vom berühmten holländischen Dichter Multatuli) als Gotteslästerer 2 Monate Gefängnis. Als einziger Zeuge, der das vorchriftsmäßige „Kerpennis“ genommen hat, präsentiert sich — Erfster Staatsanwalt Pigge!
- 27. Wegen der angeblichen Baugener Offiziersaffäre Redakteur Genosse Düwel-Dresden vier Monate Gefängnis. Bürgerliche Redakteure hatten für dieselbe Veröffentlichung 150 M. Geldstrafe erhalten.
- 28. Wie die „Tägl. Rundschau“ aus München berichtet, soll dort ein zehnjähriger (1 1/2) Junge wegen Schmuggels zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden sein.
- 31. Ein Streikposten ist in Kattowitz wegen Nichtfolgeleistung verurteilt worden. Das Kammergericht verwirft die Revision.

### Februar.

- 2. Ein polnischer Redner in Vochum wegen Beleidigung Arbeitswilliger in öffentlicher Rede zwei Monate Gefängnis.
- 3. Das Saarbrücker Urteil gegen Arbeiter vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache an das Landgericht Trier verwiesen. Das hatte der Verteidiger beantragt, weil das Saarbrücker Gericht unter dem Einfluß des saarbrückischen Systems stehe.

- 6. Der Bergmann Heße in Dortmund hat zu einem Arbeitswilligen gesagt: „Wo willst Du hin?“ Er sagte dabei „Psi!“ und spie aus. Ein Monat Gefängnis. — Der Bergmann Hochmeister hatte zu einem Arbeitswilligen gesagt: „Streitbrecher und Speichellecker“. Zwei Monate Gefängnis.
- 8. Wenn Sie, Herr Kommissar, keine Zeit haben, können Sie gehen, wir können auch ohne Sie die Versammlung weiter führen“, wird in Kassel als Beleidigung an Genosse Thiel mit 100 M. Geldbuße bestraft.
- 11. Ein Arbeiter in Neudlinghausen, weil er einen Arbeitswilligen „Streitbrecher“ genannt, drei Wochen Gefängnis.
- 11. Das Strafkonto der Arbeiterbewegung wurde im Monat Januar mit 3 Jahren 7 Monaten und 3 Wochen Gefängnis und 2330 M. Geldstrafen belastet.
- 14. Der russische Fürst Kotschubel, Verwandter des Jaren, hat in Dresden einen Hotelportier, der ihm u. a. auch den „Simplissimus“ zur Rettung brachte, durch Fußtritte in den Unterleib schwer verletzt. Urteil: 1000 M. Geldstrafe. Mildernder Umstand: daß der Fürst durch die geradezu schamlosen Artikel des „Simpl.“ in seiner Nationallehre schwer gekränkt worden sei.
- 16. Als einen Vertreter der ehelichen Arbeit bezeichnet der Staatsanwalt den Sekretär des Arbeitsnachweises der Holzindustriellen Meineke, der, weil er einen Streikenden über den Kopf schlug, als Angeklagter vor Gericht steht. Er beantragt 10 M. Geldstrafe, das Gericht erkennt auf 30 M.
- 18. Das Meinekeverfahren gegen die Genossen Hecht und Schiller in Crimmitschau endlich eingestellt.
- 25. Genosse Lange-Leipzig, der in der „Leipziger Volkszeitung“ durch eine Artikel der Königsberger Vorgänge die Reichspostverwaltung beleidigt haben soll (Vorwurf der Verletzung des Briefgeheimnisses), 9 Monate Gefängnis.
- 28. Viehhändler Kirchstein und Schlächtergefelle Scheuer in Rüneburg vom Schwurgericht freigesprochen, nachdem sie wegen angeblichen Meineids vier Jahre ungeschuldig im Zuchthaus gefessen.

## März.

- 8. Vor der vierten Strafkammer beginnt der Prozeß gegen den „Vorwärts“ und die „Zeit am Montag“ wegen ihrer altenmännigen Veröffentlichungen über Zustände in der Strafanstalt Plözenssee. Die Verteidigung bestreitet die Justizfähigkeit der „Werten“, da die Prozeßakten ursprünglich „Schneid und Genossen“ hieß, aber auf „Kaliski und Genossen“ umgetauft worden war, nachdem man den an der Sache wenig beteiligten Genossen Kaliski in das Strafverfahren miteinbezogen hatte. Die vierte Kammer erklärt sich gleichwohl für zuständig. Fast alle von der Verteidigung gestellten Beweisangebote sind abgelehnt worden.
- 5. Weil der Medizinrat Leppmann, der als Sachverständiger fungieren soll, unabhörmlich sei, wird der Plözensseeprozeß vertagt.
- 8. Das Strafkonto der Arbeiterbewegung wurde im Februar mit vier Jahren, fünf Monaten, einer Woche und sechs Tagen Freiheitsstrafen und 1212 M. Geldstrafe belastet.
- 8. Gegen zwei Zeugen, die aus religiösen Gründen die Ablegung eines Eides verweigern, beantragt der Staatsanwalt in Berlin je 6 Monate Haft. Das Gericht lehnt den Antrag ab.
- 9. Der Redakteur Stärke ist erst wegen Zeugnisverweigerung bestraft worden (siehe oben), und hat später unter Eid ausgesagt, daß er die fragliche Nachricht von keinem Staatsbeamten erhalten habe. Jetzt wird er mit sofortiger Verhaftung bedroht, wenn er den Privatmann, dem er die Mitteilung verdankt, nicht nennen wolle.
- 9. Gegen Genossen Schmidt-Sonnenburg ist in Sonnenburg Majestätsbeleidigungsverfahren eingeleitet worden, weil er seines Gedicht „Die Weber“ (Ein Fluch dem König, dem König der Reichs usw.) vorgelesen hatte. Jetzt wird das Verfahren eingestellt.
- 10. „Polern ist Hazardspiel“ erklärt das Berliner Polizeipräsidium. „Polern ist kein Hazardspiel“ hat in Oldenburg in Uebereinstimmung mit den Richtern der Polerfreund Anstalt erklärt.
- 11. Studenten vom Corps „Suebia“ in Heidelberg wegen Duellforderung ein paar Tage Festung.
- 12. Versicherungsbeamter Knappe ist bei einem Spaziergang von Schöneberger Polizisten, die Razzia halten, ohne Grund verhaftet, gefesselt, beschimpft und nach seiner Behauptung auch geschlagen worden. Da er den Fall in der „Zeit am Montag“ veröffentlicht hat, kommt er als Angeklagter vor die „Werte“. Vorsitzender Braun bezeichnet ihn, obwohl der Wahrheitsbeweis fast in allen Punkten erbracht ist (nur die Prügelzene wird von den Beamten hartnäckig bestritten), als einen verlogenen Menschen und spricht ihn nur deshalb frei, weil der Strafantrag unrichtig gestellt sei. Der Angeklagte hätte nicht zur Zeitung laufen, nicht „Raffisch und Raffame machen“, sondern sich beim Polizeipräsidium beschweren sollen, wo er „vielleicht“ recht bekommen hätte. Die willkürliche Verhaftung entschuldigt Braun mit den Worten: „Wo Holz gehauen wird, fallen auch Späne!“
- 12. Wegen angeblicher Beleidigung des Königs von Sachsen Genosse Schubert-Weidau vom „Sächs. Volksblatt“ 8 Monate Gefängnis. Er hatte das Verbalten des Königs und der Staatsbehörden in Angelegenheiten der früheren Frau des Königs einer Kritik unterzogen.
- 15. Wegen Beleidigung zweier Arbeitswilligen der verantwortliche Redakteur des Hofer Parteiblattes, Genosse Geißler, zehn Tage Gefängnis. Die tatsächlichen Behauptungen seines Artikels wurden erwiesen. Die Verurteilung erfolgte wegen der beleidigenden Form.
- 16. In einem Streitprozeß hatte der Former Jonsk sich vor der vierten Strafkammer unter dem Vorbehalt von Braun zu verantworten. Als die Rede darauf kam, daß Jonsk als Streikposten einen Arbeiter gefragt hatte, ob er Former sei, bemerkte Braun: „Wie kommen Sie dazu, den Mann nach seinem Verur zu fragen? Wenn mich einer auf der Straße fragt, wer oder was ich bin, gebe ich ihm einen Artritt vor dem Bauch, daß er aufs Pflaster fällt!“
- 22. Genosse Redakteur Kempfend von der „Rhein. Zeitung“ in Köln wird trotz Vereitigung des liegenden Gerichtsstandes wegen angeblicher Beleidigung eines Kassener Wirts in K a c h e n zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

## Aus dem Zuchthausstaat.

### Januar.

- 6. Zwei streikende Selbstmetallgießer als lästige Ausländer nach zehn und zwölf Jahren Aufenthalts aus Berlin ausgewiesen. Aus Vorsicht hatte die Streikleitung die beiden nicht einmal zum Streikpostensieben herangezogen.
- 6. Dreschner Bäder darf in Potsdam reden; in Köpenick nicht.
- 7. In Burgau (Sachsen-Weimar) wird die Gründung eines Bürgervereins verboten, weil sie „keinen Zweck hat“.
- 10. Das Krefelder Schöffengericht verurteilt einen Arbeiter, der seine Tochter den Kirchgang veräulmen ließ. Kirchgang sei ein Teil des Schulbesuchs.
- 12. Die staatliche Vergewaltigung Saarablands erklärt: Wer die (sozialdemokratische) „Saarwacht“ verbreitet, hält oder auch nur liest, wird sofort entlassen.
- 20. Der ärztliche Bezirksverein Freiberg i. S. hat den Arzt Dr. Frank u. a. „wegen Verlebens mit tief unter seinem Stande stehenden Personen“ diszipliniert. Der Dresdener Ehrengerichtshof hebt das Urteil insoweit auf.



**Zirkus Schumann.**  
XXIII. Grande Soiree High-Life.  
Gala-Programm und  
**Der Clou der Saison!**  
Nur kurzes Gastspiel!  
Das größte aller lebenden Wunder!  
Der berühmte U-Mantarin  
**Ching-Ling-Foo**  
mit seinen  
**12 Original-Chinesen**  
Die Leistungen dieser  
phänomenal. Truppe sind **unerreicht.**  
Ferner: Little Chee-Toy, Chad-ru,  
Po-la-to die **kleinsten Frauen** etc.  
berühmten **kleinsten Frauen** etc.  
Um 9 1/2 Uhr: Der Schläger d. Saison:  
**Eine Nordlandsreise.**  
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nach-  
mittags 3 1/2 Uhr: Ein Kind frei.  
**Harokko.**  
Abends 7 1/2 Uhr: Eine Nordlandsreise.  
In beiden Vorst.: **Ching-Ling-  
Foo** mit seinen 12 Original-  
Chinesen 12.

**Kasino-Theater**  
Kottbuserstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
**Colo's Vater.**  
Bühnenstück in 4 Akten von  
Ad. L'Arronge.  
Vorher das gr. neue April-Programm.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Heirat auf  
Probe.

**Passage-Theater.**  
Aufg. d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
Auf. nachm. Sonntag 8, Wochentag 10 Uhr:  
**Emmi Kröcher**  
dem Berliner sein Fall.  
**Die 7 Allison**  
Ultraboten.  
**Lotte Sebus**  
Vortragskünstlerin.  
Losoros, Koloratur-Sängerin.  
Man de Wirth, Damen-Imitator.  
14 neue glänzende Nummern.

**Gebrüder  
Herrfeld-Theater.**  
Sum 45. Male:  
**Die Meyerhains.**  
Komödie in 3 Akten mit den Autoren  
**Anton u. Donat Herrfeld**  
in den Hauptrollen.  
Auf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Residenz-Theater.**  
Dir.: **Richard Alexander.**  
Feste zum erstenmal und folg. Tage:  
**Herzogin Crevette.**  
(La Duchesse des Folies-Bergères.)  
Schwank in einem Vorspiel u. 3 Akten  
von Georges Feydeau,  
in deutsch bearb. v. Benno Jacobson.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der soligo  
Toupinel.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstr. 58.  
Heute große Elite-Vorstellung.  
**Marianne,**  
ein Weib aus dem Volke.  
Schwankspiel in 5 Akten von A. Jahn.  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Vorstellung: **Ball.**  
Morgen nachm.: **Der Totschläger.**  
Abends: **Piane, die zweite Frau.**

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm. Neues Programm.  
**Cléo de Mérode.**  
Genaro u. Thool, Contorsionisten.  
Violet Wegner, Engl. Soubrette.  
W. C. Fields, Komisch. Jongl.  
Paul Jülich, Humorist.  
Diane de Fontenay, Lebende Bilder.  
Stalling u. Rovell, Kom. Reckturn.  
Berthe Brésina, Paris. Sängerin.  
Karl Hertz, Amer. Illusionist.  
Kaufmann-Truppe, Kunststradfahrer.  
Pas de Fleurs, Biograph.  
**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen heute großes  
**Streich-Konzert.**  
**Rigo, Lagos.**  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonntag, Sonntag.  
**Fritz Steidl-Sänger.**  
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal:  
**Tanz.**

**Palast-Theater**  
Burgstr. 22, früher Feen-Palast.  
2 Min. v. Hof. Börse, bis 6 Uhr d. Börse.  
Heute und folgende Tage 8 1/2 Uhr:  
**Der Sensations-Schläger!**  
**Der Raub der Sabinerinnen.**  
Schwank in 4 Akten  
von F. v. Schönlhan.  
Srieße, Theaterdirektor:  
**Richard Winkler.**  
Vorher:  
Konzert und Spezialitäten 1. Ranges.  
Freitag, den 14. d. Mts.:  
**Elite-Vorstellung:**  
**Das Geheimnis der alten Mamsell.**  
Stoffenführung 7 Uhr. Entree 50 Pf.  
Vorzeiger dieser Annonce zahlen  
wochenlang halbe Preise.  
Die Räume des Palast-Theaters  
sind großer Vereinen wochentags  
mit Vorstellung und Ballmusik zu  
fantastischen Bedingungen zur Verfügung.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
Unsere süßen  
Dienstmädels.  
Aufg. 8 Uhr.  
Sonntag  
7 Uhr.

**Otto Pritzakows**  
**Abnormalitäten - Ausstellung**  
Rüchstraße 16.  
Täglich Darstellung  
Die **Riesin Hona**, 483 Pf. schwer,  
die schwerste Dame, die je gelebt.

**Medizinische Rätsel,  
anatomische Wunder.**  
**Riesen! Zwerge!**

**Volksgarten - Theater**  
(früher Weimann).  
Neueste Vorstellung am Sonntag,  
den 9. April, nachm.: **Der Schweine-  
hirt v. Zuckerland.** Eine Komödie  
für Kinder in 5 Bildern. Abends:  
Hofspiel in 4 Akten von  
F. v. Schönlhan.  
**Sanssouci.**  
Kottbuser Tor - Stat. der Hochbahn.  
Dente Sonnabend:  
Extra-Theater - Abend:  
**Muttersegen.**  
Schauspiel in 5 Akten.  
Nachdem:  
**Tanzkränzchen.**  
Vorstellungsgarten gelten.  
Tanz frei.

**Enorm  
billig**  
unübertroffen elegant liefern  
wir für 40 M. - auch Mess  
garantiert vornehm Sitz aus-  
seinst. engl., deutsch. Stoffen  
**Anzüge  
Paletots**  
zurückgesetzte vornehm  
gefertigte, const. Massepreis:  
40-70 Mark, jetzt 18-42 M  
Gehrockenanzüge jetzt 25-42 M  
Herron - Hosen jetzt 7-12 M  
verkauft täglich u. Sonntag  
**Deutsches Versandhaus**  
Jägerstr. 63. 1. Trepp

**Wald- und Landparzellen**  
am Dorstbühnenhof, herrlich gelegen  
unweit See, verkauft gegen geringe  
An- u. Abzahlung **Aug. Puchert.**  
Dabendorf bei Zeßen. 25692\*

**Verein der Zimmerer  
Berlins u. Umgegend.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 5. April 1905 starb nach  
langer Krankheit unser altes Mit-  
glied  
**Robert Schirop.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 9. d. Mts., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle  
des Friedhofes der Auferstehungs-  
Gemeinde in Beigensee, Licht-  
bergerstraße 110-123, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
257/13 **Der Vorstand.**

**Dankfagung.**  
Für die rege Beteiligung und die  
vielen Beweise herzlicher Teilnahme  
bei der Beerdigung meines lieben  
Mannes, unseres guten Vaters, des  
Zimmerpoliers  
**Robert Hausherr**  
lagen wir allen Beteiligten, ins-  
besondere seinem Weiser E. Die d.,  
dem Gesangsverein der Zimmerer  
sowie allen Freunden und Bekannten  
unsern herzlichsten Dank. 7096  
Die Hinterbliebenen.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Wilhelm Schonat**  
am 5. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 9. April, vorm.  
9 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Gemeinde-Kirchhofes in Friedrichs-  
felde aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
114/6 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schleifer  
**Gustav Henne**  
am 5. d. Mts., 5 1/2 Uhr früh, ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 9. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Auferstehungs-Kirchhofes  
in Beigensee aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
114/15 **Die Ortsverwaltung.**

**Dankfagung.**  
Den Arbeitern der Schriftgießerei  
**Berthold**, welche durch ihren Be-  
treiber einen Kranz am Grabe meines  
Mannes, des früheren Chefs der  
Firma niederlegten, spreche ich hier-  
mit für die Anteilnahme meinen  
innigsten Dank aus.  
**Frau Margarete Reinhold.**

**Wer Stoff hat, fertige für  
25 Mark**  
Kauf oder Paletot auf Hochhaar  
und guten Futuren an.  
**A. Storbeck, Weinberge-  
weg 11.**  
Tuchhandlung und Maß-Abteilung.

**Jeder Leser des Partei-Organ,**  
welcher Wert darauf legt, eine gut sitzende Bekleidung  
zu tragen, muß seinen Bedarf im Spezial-Geschäft guter  
**Herren- u. Knaben-Bekleidung**  
Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß  
Spezial-Abteilung:  
**Bekleidung für sämtliche Berufe**  
der Firma  
**Leske & Lehrer**  
78 Kottbuser Damm 78  
decken. Wir können mit Recht behaupten, daß wir jeder Konkurrenz  
die Spitze bieten können.  
Unsere Grundsätze:  
**W**ir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.  
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.  
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.  
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.  
Wir verkaufen zu billigen aber streng festen Preisen.  
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit  
Zahlen vermerkt.  
**Leske & Lehrer**  
78 Kottbuser Damm 78  
Jeder Arbeiter muß unsere Leder-Hose „Eisen“ tragen 4,50 M.  
Heute Sonnabend und Sonntag verabsolgen wir beim  
Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine elegante bunte  
Weste gratis.  
Wir bitten genau auf unsere Firma zu achten.

**Liegnitzer Hutfabrik**  
BERLIN:  
NW. Wilsenerstr. 63  
SO. Ritterstr. 19a  
SO. Oranienstr. 204  
S. Friedrichstr. 250  
O. Gr. Frankfurterstr. 94  
CHARLOTTENBURG:  
Wilmersdorferstr. 155  
HAMBURG  
MANNHEIM  
COTTBUS  
ELBERFELD  
Unsere gestrichel gestülpten  
Häute sind:  
Lloyd Mark 3.00 Zenith Mark 6.50  
Ang. Komet Mark 3.50 Ozon Mark 8.50  
Helios Mark 4.50 etc.  
Verkauf von Filzhauben, Strohhüten, Tylländern.  
Reparaturen werden sehr schnell und billig besorgt.

**Carl Stier,**  
Berlin SO. Oranienstr. 166. Berlin W. Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam, Nauenerstr. 23.  
Herren- und Knaben-Garderobe.  
Prachtvolle Qualität. Beste Verarbeitung.  
Vornehme Ausstattung.  
Tadelloser Sitz. Schicke Façons. Moderne Muster.  
Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.  
**Sämtliche Frühjahrs-Neuheiten**  
sind in größter Auswahl am Lager.  
**Jackett-Anzüge**  
von Buckskin, Cheviot oder  
Kammgarn, gestreift, kariert  
oder meliert, deutsche oder  
englische Fabrikate 17.50,  
20, 22.50, 25, 30, 35,  
40 bis 55 Mk.  
**Rock-Anzüge**  
farbig gemustert od. schwarz  
27, 33, 38, 43, 48 und  
53 Mk.  
**Gehrock-Anzüge**  
marongo, farbig gemustert  
oder schwarz 30, 36, 42,  
48, 54, 60 und 66 Mk.  
**Frühjahrs-Paletots**  
von modernen Stoffen und  
Farben, kariert, gestreift od.  
meliert 18, 20, 25, 30,  
35, 40, 45 u. 50 Mk.  
**Havelocks**  
von wetterfestem Loden,  
olive, bräunlich, grün, ma-  
rongo od. grau 8.50, 12,  
15, 20, 22.50, 25, 30 u.  
35 Mk.  
**Pelerinen**  
von imprägniertem Loden,  
dunkelgrau od. olive, die  
Länge beträgt je nach Größe  
115-120 cm, 10.50 u. 12 Mk.  
Pelerine mit Kapuze kostet  
1.50 mehr.  
**Haus-, Jagd- und Sport-Joppen**  
von Cheviot od. Loden, grau, grün, bräunlich od. mode  
4.50, 6, 7.50, 9, 12, 15, 20, 25 Mk.  
**Herren-Hosen** 2623L  
von gestreiftem Buckskin, Cheviot oder Kammgarn  
3.50, 4.50, 5, 6, 7, 8, 9 bis 18 Mk.  
**Herren-Westen**  
von hell-, mittel- oder dunkelfarbigem Fantasiestoffen,  
entsprechende Muster 2.50, 3.50, 4.50 bis 18 Mk.  
Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.  
**Knaben- u. Jünglings-Garderobe.**  
Hierin bietet ich eine Auswahl, wie sie schöner und größer  
nicht geboten werden kann. Knaben-Anzüge sind in 50 der  
kleinsten Fantasi-Façons vorrätig. Jackett- und Joppen-  
Anzüge für Schüler und Jünglinge. Paletots für Schüler  
und Jünglinge. Loden-Joppen für Schüler und Jünglinge.  
Hosen für Knaben, Schüler und Jünglinge.  
Verlangen Sie gefl. den illustrierten Katalog.  
Die Preise sind billig, streng fest, und geschickt der Verkauf  
nur gegen bar.  
Nach außerhalb sende Muster und Maßanleitung.

### Nur neueste Moden.

Diefer feine, schwarze Hut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. claque moderne Form, kostet M. 1.90. in großer Auswahl. Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden. Abteilung für den Einzelverkauf.

**Neue König-Strasse 48, 1 Treppe,**  
drittes Haus vom Alexanderplatz.  
Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.  
Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1.50, mit Atlasfutter M. 2.—, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.  
Sonntags geöffnet.

## Versandhaus Germania

seit 15 Jahren 24502\*

Unter den Linden 21, II. — Fahrstuhl. —  
neben der Passage.

**Zweiggeschäfte unterhalten wir nicht.**  
**Hochvornehme Herren-Paletots und -Anzüge**  
aus feinsten Maßstoffen 25 bis 40 M.  
hochelegante Beinkleider 9 bis 12 M.  
Vorjähri'ge Herrengarderoben wesentlich billiger.

**Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkaules tragen.** Klein-Berlin. Sehr festes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Halbarste Pilot-Taschen. Große Hüden umsonst. Die Hose bei Entnahme von 6 Stück 28 RT. **4 RT. 50**

Schilblanes Monteur-Jackett 1 RT. 90  
Schilblanes Monteur-Jose 1 RT. 50  
Schilblanes Monteur-Jackett Prima Rippe-Gewebe 2 RT. 50  
Schilblanes Monteur-Jose Prima Rippe-Gewebe 2 RT. 10  
Schilblanes Monteur-Jose 5,50, 4,50, 3 RT. 50  
Gesähter Wandst.-Jackett 13.— 8,75  
Weiße Pflanz-Jacketts 3,50, 2 RT. 75  
Korditor-Baden, Dreifig . . 4 RT. 50  
Korditor-Mittel . . . 3.—, 2,50, 2 RT. 25  
Korditor-Mittel (braun) 3.—, 2 RT. 40  
Weiße Leder-Jacketts, Dreifig 7,50, 3 RT. 75  
Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 RT. 90  
Kesselfreier-Anzüge, blau, nach Vorchrift . . . 5 RT. 50  
Die Preise gelten für normale Größen

### Krug zum grünen Kranze

am Alexanderplatz (im Keller).  
Täglich: „Fidelitas!“  
**Carl Lüdeckes**  
humoristisches Ensemble.  
Entree frei. 25662\*

### Größte Zukunft des Nordens!

Ein Kiste 10 M. an in neu entlaufener Kolonie, Algenberge b. Buch, gefügten. Eigentümer N. Jers, Charlottenb., Noackstraße 35. Sonntag Buch b. Albrecht a. d. Bahn. 7766

### Hutfabrik

Herrnfilzhüte, nur neueste Moden, 1,80, 2,40, 3, 2,80, 3.— und 4,50 RT. Zylinder u. Chapaux claque 6.—, 8.—, 10.—, 12.— RT. Mäzons für Herren und Knaben von 35 RT. an. Keine Hüte sind durch die billigen Preise und den guten Stil seit langem Jahren bekannt.

I. Geschäft: Brunnenstraße 54 a. d. Strahlendstraße.  
II. Schönhauser Allee 115, am Ringbahnhof.  
Alfred Krug, Hutmachermeister.

### Baer Sohn

En gros. Export. En detail.  
Chaussee 21a/25, Brückstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Das 25. Haupt-Bekanntmachung 1905 wird kostenlos und portofrei zugesandt. Bei Bestellung von Holen in die Hundsmühle und die Schützlinge, bei Jacketts und Kitteln die Beutelle angegeben. 35902\*  
— Versand von 30 RT. an franco.

Gegründet 1878

## M. Schulmeister

Schneidermeister  
Am Kolonnen-Tor, Dresdenerstr. 4. Ecke Adalbertstr.  
20832\*

Sommer-Paletots von 18 M. an.  
Sommer-Joppen von 6 „ „  
Jackett - Anzüge von 17<sup>50</sup> „ „  
Rock- u. Gehrockanzüge von 25 „ „

Paletots nach Maß . von 35 M. an.  
Anzüge nach Maß . von 38 „ „  
Hosen nach Maß . . von 10 „ „  
Knaben-Anzüge in größter Auswahl.

## Kleine Anzeigen.

Das erste festgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition Linden-Strasse 69 bis 8 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Wandbilderhaus** Weidenweg neu, zehn, postbilliger Gardinenverkauf, Maßfertigung. +45\*

**Spotbilliger Teppichverkauf**, Tischdecken, Steppdecken, Wandbildhaus Weidenweg neu, zehn. +45\*

**Spotbilliger Ausverkauf** verfallener Wandbilder, Kissenverkauf, Weidenweg neu, zehn. 45\*

**Bekanntmachung!** Empfehlenswerte Einkaufsquelle ist Wandbildhaus Weidenweg neu, zehn. +45\*

**Spotbilliger Betteneverkauf**, Bettinette, einschläfrig, zweischläfrig, Wandbildhaus Weidenweg neu, zehn. +45\*

**Garderoben, Taschenuhren, Regulator, Freischwinger, Schmucktaschen**, postbillig Wandbildhaus Weidenweg neu, zehn. Verkaufszeit gemessener Ladenschluss. +45\*

**Wandbilder**, Küstnerplatz 7, vorzügliche Einkaufsquelle für Betten, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Tischdecken, Böden, Wandbilder, Taschen, Uhren, Kissen, Anzüge, Dolan, Schmucktaschen usw. 3048\*

**Achtung! Wandbilder**, 4618\*

**Deckbett, Unterbett, Kissen** mit glattrottem Zeisel, zusammen 10,50, nur (Wandbild) Andreaskirche 38.

**Katzen** gestrichenes Deckbett, Unterbett, 2 Kissen 18,00, Andreaskirche 38.

**Sommerisches Bauernbett**, Deckbett, Unterbett, 2 Kissen 27,00, großes Kissen, Stück 1,00, Wandbild, Andreaskirche 38. Elektrische noch überall. 4618\*

**Gardinen, Teppiche, Portieren**, halbe Preise, Andreaskirche 38, 4618\*

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37\*

**Patentmatrassen** Stahlfeder (Müller's Patent) liefert jeder Tapezierer, jeder Möbelhändler. 3818\*

**Fahrräder**, Teilmobilien, Anwalderstraße 148 (Eingang Bergstraße), Große Frankfurterstraße 56, Stahlstraße 40. 4798\*

**Teppiche** mit farbenreichen Jacquardniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37\*

**Teppiche!** (Sehr schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Nadelhof Markt 4, Bahnhof Ecke. 142/12\*

**Steppdecken** billige Robell Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37\*

**Gardinenverkauf**, jetzt Jerusalemstraße 11, bringt einen Posten enorm billiger, schönster Gardinen, Stores, Zillbedecken, sowie Polstermöbel zum Detailverkauf. Jerusalemstraße 11. 5038\*

**Seide**, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreaskirche 38. 4898\*

**Seife** von 35 Pfennig an: acht chinesische Mandarinen - Daunen 1,00 Mark pro Pfund. Fertige Betten 11 Mark an. War Schöne, Hamburger Allee 149. Täglich Dampf-bleicherei-Reinigung. 2108\*

**Reichhaltige Portieren**, Filzstich 4,85, Maßlänge 5,25, Filzstich 8,85, ganze Dekoration. Inventurgang, Pannungspreis. Teppichhaus Emil Lehore, Dranienstraße 158. 3808\*

**Große** Diamantdecken 4,35, Karantini doppelreihig 7,50, Pa. Bildstich 20,00. Inventur-Extraktiers Teppichhaus Lehore, Dranienstraße 158. 2828\*

**Inventur** - Extraktiers postbilliger Artikel gratis. Teppichhaus Emil Lehore, Dranienstraße 158. 2828\*

**Teppiche**, Diamantdecken, Gardinen, Tischdecken, Portieren, Schlafdecken, Steppdecken, Kissenstoffe postbillig wegen Räumung. Potsdamerstr. 100, Conrad Fischer. 3768\*

**Damenmantel** 3,50, Schlüsselfläche 2,50. Sonntag geöffnet. Fabrikgebäude, Glitschinerstraße fünfzehn. \*

**Bronzegastromen!** dreifachmig 6,00. Gaszuglampen! 9,00. Salon-Gastromen! 15,00. Gaszyklen! 17.—. Schaulustig! postbillig. Ameisengastromen! 3,00. Bohler, Wallnertheaterstraße 32 (Gasthofhaus!). \*

**Beiten**, Bettmöbel, Steppdecken, Teppiche verkauft Lehore, Dranienstraße 177, Ecke Halberstraße. 4898\*

**Weiße Herrenhüte**, gute Qualität, Stück 05 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Compote Neue Friedrichstraße 81, Ecke Königstraße, und Holzmarktstraße 37 a parterre, früher Kaiserstraße 25 A. Sonntag geöffnet. 4498\*

**Wringmaschinen**, Hintwaschblätter, Waschmaschinen, Hobler, Eihwannen, beste Ware. Teilzahlung gestattet. Postkarte, Kottbus, Stallgerstr. 108. \*

**Strickmaschinen**, auch Teilmobilien, Dreher, Engel-Wehr 99. 98/18\*

**Herrnenzüge**, Ueberzieher, wenig getragen Monatsgarde von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue zurgehefte, kann man am billigsten direkt nur beim Schneidemeister Kästgen, Rosenstraße 15, III. Amt III 2969.

**Waisenträger**, Blutbildend, für Blutarmer, Brustkranker, Spirituelle, Gewichtsabnahme, bessere Geschlechter, überraschend, 14 Taschen 3 Mark, 4, Lonne 3,50 inklusive. Nicht fälschlich! Qualität entscheidend. Vorder-Steinerei Ringler, Bernauerstraße 119. 5048\*

**Hochvornehme Herrenhosen** aus feinsten Maßstoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 3658\*

**Kindewagen**, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeleht, postbillig. Schneider, Kurhüstenstraße 172. 6298\*

**Maschinen** ohne Anzahlung, vergütet noch bis 10,00, wer Teilzahlung höher bezahlt kauft oder nachweist. Woche 1,00. Alle Systeme. Postkarte. Vorort, Jernborstraße 50. \*

**Neue Möbelwerkstatt** postbillig, Einzelverkauf. Banlow, Dresdenerstraße 52, Hauswirt. +137\*

**Monatsanzüge** von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Westrockenanzüge von 12,00 an, Frack von 2,50 an, auch für formidante Figuren. Neue Garde-robe zu staunend billigen Preisen, sowie aus Wandbildern verlassene Sachen. Kaj. Kuladstraße 14. 7445\*

**Anzahlungsfrist!** Tierleben, Konversations-Lexikon, Klaffler, Beisetzarten (Kadapto). Schmid, Sammlerstraße 94. 75558\*

**Vernünftige** jeder Art, billige Preise. Frankfurter Allee 138, Petersburgerstraße 67, Bag Ludwig. \*

**Alles** rüftet, denn Radfahrer rüftet auch. Es gibt neue, reelle Fahrräder von 55,00, gebrauchte 15,00, Lauf-decken 3,00, Luftschläuche 2,50, Dolz-kielräder 0,75, Dellenaternen 0,45, Klingeln 0,15, Schraubenschlüssel 0,25, Nupfrensen 0,25, Blodfetten 1,35, Pedale 1,00 an, und anderes Fahrradzubehör, sowie Reparaturen, Emaillierung, Vernicklung postbillig im Fahrradhaus Kropfenstraße 47a. Viel Geld spart, wer 1906er Katalog kostenlos verlangt. 5058\*

**Fahrradhändler**, welche viel verdienen wollen, bedenken ihren Bedarf im Fahrradhaus Kropfenstraße 47a. Händler-Liste kostenlos. 5068\*

**Feuerlöcher**, Strahlweiser. Charlottenburger Ufer 63, Meying. 107/16

**Möbelverkauf** in meiner Möbel-fabrik Wallstraße 50/51, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Umzugs befindet sich am Lager viele jurist-gelehrte und wertvolle Gewebe, die nie neu sind, Kleiderbind, Decken 27,00, Ausziehtisch 16, Rühr-keimel mit Federmatratze und Kissen 56, Tischset 50, Paneel-sofa 70, Badstühle 30, Auf-bett 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 107/17\*

**Achtung, Brautleute!** Ein Hoch-zeitbrautkleid, auch einzeln, wenig gebraucht, Weidenweg 4, vorn II.

**Dame** verkauft sämtliche Möbel, neue Zimmer, Garnitur, Truemeau, Kamin, Sofa, Spiel-Salon, Tisch, Bilder, Steppdecken, elegante Tischeneinrichtung. Kropfenstraße Nr. 126a. 1. 7726

**Bücherpreise!** Sie haben es ja gar nicht weit nach der Lurn-straße 85 zu Schlesinger. Gehen Sie hin, sehen Sie sich die Herren- und Knabenpaletots und Anzüge an, Sie laufen dort gut und billig.

**Kleiderbind**, Bettinette, Paneelsofa, Spiegel, ganze Möbeleinrichtung, elegant, postbillig, Brautleuten Gelegen-heit. Gartenstraße 85, I. links. \*

**Entscheidung** Blüten und Kostüm-stücke aus guten Stoffen, selbst-angefertigt, keine Ladenmiete, Ver-kauf zu auffallend billigen Preisen. Litzauer, Brunnstraße 4, I. 7798\*

**Knabenanzüge** aus Heltern, enorm billig. Karlsruhstraße 13, I. 5138\*

**Bett**, prachtvoll, 17,00. Milch, Dresdenerstraße 38. 7728

**Sofort** Bartelofel mit Vereinen zu verkaufen. Zu erfragen Klein-strasse 9, Seitenflügel I rechts. \*

**Banklemperei**, vollständige Bild-erstattung, Hermsdorf (M.), Bahnhofstraße 16. 7788

**Kohlenplatz**, 300 Mark. Prinzen-straße 93. 61/8

**Piano**, nachbaum, Kragallig, 130,00. Lurnstraße 8, parterre.

**Schanklokal** billig veräußert oder vermietet. Käfers Restaurant, Hoch-straße 9. +78

**Krautstraße** 50 sind die billigsten Preise für neue Möbel, Spiegel, Polsterwaren, reelle Matratzen 18,00, Truemeau mit Tisch 28,00, groß-artigter Lager, Verkauf im Fabrik-gebäude und Keller, kein Laden, be-kannt billig. Krautstraße 50, Saal- selbst Möbelhalle. 7745

**Milchgeschäft** mit Kolonialwaren, 2 Stuben, Küche, Kuchengelaß, viele 600, billig zu verkaufen. Frank-furterstraße 26, sofort. +98\*

**Uhr** als Juwelier erhält Käufer einer Kammröhre ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Kropfen-strasse 60/61, Große Frankfurter-strasse 43, Breglauestraße 59/60. \*

**Kindervagen**, gut erhalten, ver-kauf Jener, Pappel-Allee 21. +96

**Schlaghammer** verkauft Köhler, Mittelmalerstraße 11. 107/20

**Wäschesofa**, gebrauchtes, billig zu verkaufen. Drotowitz, Honigstr.-straße 20 III. +45\*

**Commerpaletots**, Anzüge, Hemd-entwürfen, Uferfesten postbillig, Reichhaus Grünerweg 113.

**Teppiche**, Tischdecken postbillig, Reichhaus Grünerweg 113. 107/19\*

**Betten**, Steppdecken postbillig, Reichhaus Grünerweg 113.

**Gardinen**, Stores, Portieren post-billig, Reichhaus Grünerweg 113.

**Regulatoren**, Freischwinger post-billig, Reichhaus Grünerweg 113. Teilzahlungen gestattet.

**Epiegel**, Bilder, Möbel, Glas-garnituren postbillig, Reichhaus, Grünerweg 113. Teilzahlungen ge-stattet.

**Kleinwohnungen**, gesunde, aller-billigst sofort, Rigdorf, Köpfitz, 15, Wangsstraße 12. 99/2\*

**Treppenaner**, selbständige Ko-lonnenfahrer, verlangt Schlosser R. Blume, Charlottenburg, Schiller-strasse 97. 7285

**Cubenarstraße** 30, 37, 38, billige Wohnungen sofort! Stufe, Küche, 2 Stuben, Küche, Balkon, 3 Stuben und Küche, Balkon. Mehreres beim Hirt Cubenarstraße 37 I. \*

**Wohnungen**, billig, sofort, von 230 Mark bis zu 600 Mark mit reich-lichem Zubehör. Mehreres Mar-grafen-damm 7, I, an der Stralauer Allee. 7468\*

**Schlafstellen.**  
Schlafstelle, Bierne, Sudamer-straße 7. 107/18\*

**Woblerie** Schlafstelle, Dorn, Rheinsbergerstr. 42 II. 90/13\*

**Im Arbeitsmarkt durch**  
**Besonderen Druck hervorgehobener**  
**Arbeiterkosten 40 Pf. pro Seite.**

### Arbeiterskretär

gesucht.  
Für das Bochumer Arbeiterskretariat wird zum baldigen Antritt ein  
**zweiter Sekretär**  
gesucht. Neben den nötigen all-gemeinen und den besonderen Kennt-nissen auf dem Gebiete der Sozial-gewerbelehre sind solche auf dem des Anknüpfungswegs und der gewerkschaftlichen Tätigkeit erwünscht. Re-servanten wollen ihre Offerten unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und ihrer Gehaltsansprüche nebst einem Auszug über ein beliebiges ein-schlägiges Thema bis zum 20. d. d. M. unter der Aufschrift: „Arbeiterskretär“ an Karl Ebert, Bochum, Deutschendstraße 8 einreichen. [106/17

**Marmorsteiner** 104/9  
verlangt Graf, Steglitz, Döppelstr. 17.

**Goldleisten!**  
Tüchtige Farbmalger für  
schattierte Leisten finden dauernd  
lohnende Beschäftigung. 37032  
Anrich & Goedsche, Bilderschneidfabrik,  
Kecrane, Sächs.

### Stockarbeiter!

Die Arbeiter der Firma Jallus  
und Hermann Gembicki,  
Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102,  
befinden sich im Streik. 19/16  
Zugung ist fernzuhalten!  
Die Ortsverwaltung.

### Die Tischler und Maschinen-

arbeiter bei Sommerlatte  
in Stralau befinden sich im Streik.  
Zugung ist fernzuhalten. 89/7\*

Die Ortsverwaltung.

### Achtung, Böttcher!

Die chemische Fabrik auf Aktien  
vormals E. Schering, Berlin  
und Charlottenburg, ist wegen  
Lohnänderungen und Nachregelung  
dreier Kollegen bis auf weiteres  
geferret. 30/2  
Kollegen, macht Front gegen die  
Kassierung der Arbeiter. Der Arbeits-  
nachweis für Böttcher befindet sich bei  
Merkowski, Andreaskr. 28.  
Der Vorstand.

### Verschiedenes.

**Verleinsfälle** (Böhne) zu Ver-kaufstellen und Veranlassungen zc. Ober-Freierstraße 107 Sonnabend und Sonntag noch frei! Komman-dantenstraße 72 (Mühlhaus). 4848\*

**Anpflanzung!** Soja 5,00, Walnüsse 4,00, auch auhem Hause. Sachmann, Andreaskirche 38. 4818\*

**Kunststofferei** von Frau Stofsch, Charlottenburg, Goethestraße 94, I. \*

**Fahrradhändler!** Radfahrer, ge-legentliche Verkäufer kaufen postbillig Gebrauchsfähige fünfzehn, Reitpfer-der.

**Fahrradzubehör**, allergünstigste Einkaufsquelle, Praxiskatalog umsonst. Glitschinerstraße fünfzehn. 4398\*

**Verleinszimmer**, Regelmäßig noch einige Tage frei. Deuschmann, Am Friedrichshain 6. 4918\*

**Verleinszimmer** 25, 40, Saal 150 Personen, Pianino, zwei Regal-bänke, vergibt Ladewig, Alle Nabob-straße 83. 4558\*

**Platinabfall**, Goldschaden, samt Juweller, Lindenstraße 108. 6905\*

**Parantanzwart** Dammann, Oran-nienstraße 67, Koritzplatz, hat in Patensachen. 6345\*

**Verleinszimmer** (20 Personen) zu vergeben. Coburg, Holzmarkt-straße 46. 7638

**Fahrradgelegenheitskäufe**. Neue und wenig gebrauchte, eventuell Teil-zahlung. Große Frankfurterstraße 14.

**Fahrräderreparaturen**, Zubehör-teile, sehr billig. Große Frankfurter-straße 14, Nummer 1. +22

**Zur** Ausrückung von Klagen, Ein-gaben, Steuerreklamationen usw. empfiehlt sich Karl Kleinhardt, Samariterstraße 6, Durgengebäude III. Abends 7-8. 130/3

### Wohnungen.

**Kleinwohnungen**, gesunde, Konar-straße 11 (Wedding). 99/3\*

### Arbeiterskretär

für Wiesbaden u. Umgegend gesucht.  
Zum 1. Juli d. N. wird für Wiesbaden und Umgegend ein Arbeiterskretär gesucht, der die sozialpolitischen Arbeiten auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung und des Arbeiterfortschritts vorwiegend aufzuführen hat und zunächst nur ein Organisierte erteilen soll. Anfangsgehalt 1800 M. Besondere wird gewerkschaftliche und politische Erfahrung und Kenntnis in der Arbeiterbewegung erachtet. Bewerber wollen einen Schriftsatz über die Aufgaben der Arbeiterskretariate mit einer kurzen Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung bei Gen. Karl Schäfer, Zahndstraße 9, bis zum 20. April einreichen. 9068\*

Kaufmannsgerichtswahlen.

Während die industrielle Arbeiterschaft die Gewerbegerichte bereits seit dem Jahre 1892 bestigt, haben die Handlungsgesellen auf die Kaufmannsgerichte bis zum Jahre 1905 warten müssen.

Die Organisation der kaufmännischen Handlungsgesellen, der Zentralverband der Handlungsgesellen und Gehilfen Deutschlands, ist zuerst in den Wahlkampf eingetreten.

Also auch jene Handlungsgesellen, die in Berlin beschäftigt sind, aber in den Vororten wohnen, sind in Berlin wahlberechtigt.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, 6. Wahlkreis! Sonntag abends 6 Uhr findet im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, eine öffentliche Versammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Trinkgelder.

Schon viel ist über die Unsitte der Trinkgelder geschrieben worden, aber vielleicht noch lange nicht genug, denn eine Wendung zum Besseren ist nirgends zu verspüren.

Freilich, wer spekuliert nicht auf ein Trinkgeld, wenn daraus der Arbeitslohn oder ein Teil desselben sich zusammenfassen soll, wie zum Beispiel bei Kellnern und Hausdienern.

Man kann den Unfug, der auf solche Weise getrieben wird, ins rechte Licht stellen, man kann von dem korumpierenden Einfluß des Trinkgeldes, auf den Geber wie auf den Empfänger, mit dem schönsten Pathos reden.

Man könnte sich mit etwas Galgenhumor über die Frage der Trinkgelder hinwegsetzen, wenn diese Frage nicht eine sehr ernste Seite hätte.

Wie der Trinkgelddunfug ausgeartet und zu einer Plage geworden ist, darüber klagen gerade diejenigen am lautesten, die scheinbar am meisten davon profitieren, nämlich die Gastwirtschaftsgesellen.

spülen usw. bemäntelt wird. In offener Versammlung der Gastwirtschaftsgesellen wurden vor kurzem noch eine Reihe solcher „ersticklichen“ Lokale namentlich angeführt.

Gegen die Abschaffung des Trinkgeldes in den Gastwirtschaften werden oft die lächerlichsten Gründe angeführt. Manche Leute können sich gar nicht vorstellen, daß eine solche Abschaffung praktisch durchgeführt werden könnte.

Lumpentum.

Der „rohe“ Ton in der Sozialdemokratie ist bekanntlich eines der beliebtesten Entlastungsobjekte der bürgerlichen Gesellschaft. Dieser rohe Ton ist nun, von ganz seltenen Entgleisungen abgesehen, in sozialdemokratischen Reden und Vorträgen mit der Laternen zu suchen und wird zumeist und zwar absichtlich vertuscht mit den Ausdrücken ehrlicher Entrüstung über die groben Unanständigkeiten unserer Gegner.

Das Wesel und Bollmar reiche Leute sind, weiß jedermann, daß Auer im Parteidienste schwere Summen erwirbt, kann niemand verborgen bleiben, der sich in Hamburg einmal erkundigen will.

Es fällt uns natürlich nicht ein, die Zeilenschilderei des liberalen Lumpchens in der „Köbl. Ztg.“ zu widerlegen, schon deswegen nicht, weil solche Mühe eine Beleidigung der angegriffenen Parteilumpen bedeuten würde.

Der Magistrat genehmigte in seiner heutigen Sitzung den Vorschlag, daß von dem Zuschuß der Stadt Berlin zur Unterhaltung des Tiergartens im Betrage von jährlich 60 000 M. in diesem Jahre ein Betrag von 45 000 M. zur Beschaffung einer zweiten Wasserhe-

maschine für die Wasserversorgung des Tiergartens und 6000 M. zur Verbesserung der Wege verwendet werden.

Die epidemische Genickstarre ist zwar in Berlin bisher noch niemals als wirkliche Epidemie aufgetreten; aber etliche Fälle dieser Krankheit kommen doch auch hier in jedem Jahre vor.

Stipendien für Handwerksgehilfen. Aus dem Friedrichs-Gewerbependium werden alljährlich im Monat Januar Beträge von je 150 M. an Gewerbegehilfen beauftragt ihrer weiteren Ausbildung zuteil.

Diejenigen Gehilfen, die mit einem Stipendium bedacht werden wollen, haben ihre selbstgeschriebenen Gesuche bis spätestens Ende Juni d. J. an das Kuratorium des Friedrichs-Gewerbependiums, Stralauerstr. 3-5, 1. Etage, einzulegen.

Diejenigen Bewerber, welche mit einem Stipendium bedacht werden, sind verpflichtet, dem genannten Kuratorium von Zeit zu Zeit Mitteilung über den Gang ihrer Ausbildung zu machen.

Vororte und Fortbildungsschule. Aus kommunalen Kreisen schreibt man uns: Ihre Notiz „Die Berliner Pflicht-Fortbildungsschule“ in Nr. 83, 3. Beilage, ist irrtümlich.

Ein ununterbrochener Betrieb in den Nächten vom Sonnabend zum Sonntag und vom Sonntag zum Montag wird jetzt von der Großen Berliner Straßenbahn regelmäßig eingeführt.

Die städtischen Kontrollbeamten haben in den letzten Monaten wiederholt bei ihren Revisionen der öffentlichen Verkaufsstellen erhebliche Fleischmengen angetroffen, die weder mit dem Stempel eines Beamten mit der Fleischbeschau beauftragten Tierarztes, noch mit einem Stempel der hiesigen Fleischbeschau versehen waren.

Wegen der Gefahr der Genickstarre wurden gestern vormittag 40 Sachverständige auf dem Schleifischen Bahnhof angehalten und unter ärztliche Beobachtung gestellt.

Eine der ältesten Firmen Berlins, die Meerbaum- und Bernsteinwaren-Handlung von Vilain u. Weyrowitz, Königsstr. 66, welche im Jahre 1729 gegründet wurde, hört demnächst zu bestehen auf.

Der Begründer des Hauses hinterließ das Geschäft seinem Sohne und dieser seinem Schwiegerohne Herrn Weyrowitz. Er erwarb sich 1813 als „Löhner“ das Eisenerz-Kreuz. Im Jahre 1858 überließ er das Geschäft aus dem Hause Königsstr. 66, wo es sich bis dahin befand, in seine jetzigen Räumlichkeiten.

